

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Wir fordern:

Sozial auch nach der Wahl

CARITAS HEUTE: Mit neuem Mut
Zum Europäischen Jahr gegen Armut
und soziale Ausgrenzung 2010

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

die Landtagswahl wirft ihre Schatten voraus. In Nordrhein-Westfalen geht es darum, ob die bürgerlich-liberale Regierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ihre Arbeit der vergangenen fünf Jahre fortsetzt. Möglich scheint aber auch erstmals in einem Flächenland eine schwarz-grüne Koalition. Oder es reicht in der einstigen Hochburg der Sozialdemokratie wieder für eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der SPD. Die Wahl in NRW hat Signalcharakter auch für den Bund: Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat könnten sich ändern. Mit Sicherheit wird die Wahl auch als ein erster Zufriedenheitstest für die schwarz-gelbe Bundesregierung gewertet werden. Die Motive der Wählerinnen und Wähler sind also vielfältig. Derzeit lassen die Umfragen einen klaren Trend nicht erkennen.

Der Caritas und den anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege geht es bei der Entscheidung am 9. Mai vor allem um das soziale Profil des Landes. 40 sozialpolitische Fragen hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege den politischen Parteien zur Landtagswahl gestellt (mehr unter www.nrw-bleib-sozial.de). Dahinter stehen ausgewählte Felder in der sozialen Landschaft, wo besonders großer Handlungs-

bedarf besteht. Die Verbände treibt die Sorge, dass die soziale Infrastruktur aufgrund der sich abzeichnenden katastrophalen Haushaltssituation des Staates massiv abgebaut werden wird.

Für diese Ausgabe von „Caritas in NRW“ haben wir Menschen auf der Straße, in unseren Einrichtungen und unsere Mitarbeiter gefragt, wo sie besonders dringlichen Handlungsbedarf im sozialen Bereich sehen. Die Antworten zeigen: Ein soziales NRW – auch nach der Wahl – liegt vielen Menschen am Herzen.

Hinweisen möchte ich Sie auf eine in dieser Form einmalige Veranstaltung zur Landtagswahl: das „Politische Frühjahrsfest“ der Caritas in NRW am 25. April im Westfalenpark in Dortmund. Geplant ist eine Veranstaltung mit Frühjahrsfestcharakter, in der die Caritasfamilie in NRW gemeinsam für ein soziales NRW eintritt (mehr bei den Diözesan-Caritasverbänden oder unter www.caritas-nrw.de).

Es wird ein spannendes Frühjahr, findet

Ihr

Markus Lahmann



Markus Lahmann
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis



Sozial – auch nach der Wahl 4

Meinungsumfrage der Caritas zur Landtagswahl 2010

Soziale Politik 18

Anforderungen an die zukünftige Politik

Dialog mit Kandidaten 21

Aachener Initiative
„Caritas zur Landtagswahl“



Mit neuem Mut 22

Zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010



Aachen	26	Münster	42
Essen	30	Paderborn	46
Köln	36		



Neue Bücher und Web-Tipps 50

Impressum 24



Landtag NRW
Foto: B. Schälte

Sozial – auch nach der Wahl

Die Meinungsumfrage der Caritas zur Landtagswahl 2010

Am 9. Mai 2010 ist Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Die Wähler haben die Gelegenheit, ihr Urteil zu fällen über die Landespolitik der letzten fünf Jahre. Gleichzeitig werden die Weichen gestellt für die kommende Legislaturperiode.

Die Parteien, die sich um die Stimmen der Wähler bemühen und für ihre Politikkonzepte werben, müssen deutlich machen, wie sie das Land nach vorn bringen wollen.

Die Caritas kümmert sich um Kinder und Familien, um Menschen im Alter und Menschen mit Behinderungen. Sie setzt sich ein für Benachteiligte und Schwache, für Arme und Kranke. Sie führt zwar keinen Wahlkampf, aber sie mischt sich ein als Anwalt der Menschen, die selbst (zu) wenig Gehör finden. Und sie hat ein Interesse, dass soziale Politik gemacht wird. Dass soziale Themen im Wahlkampf wichtiger werden – wichtiger als Koalitions-Arithmetik, Lager-Denken, Regional-Proporz oder Amts-Bonus.

Wir haben Menschen gefragt – auf der Straße, in unseren Einrichtungen, in Büros, in Kirchen, in der Spar-

kasse. „Wo besteht Handlungsbedarf für eine soziale Politik?“, wollten wir wissen. „Was müsste als Erstes und dringend verbessert werden?“ „Was sollte die Politik tun, um die sozialen Verhältnisse in NRW zu verbessern?“ „Wenn Sie sich die Situation von armen Menschen, von Alten, Kranken und von Menschen mit Behinderungen oder die Situation von Kindern und Familien vor Augen führen, was fällt Ihnen spontan ein?“, haben wir gefragt. Viel Kummer und manchmal Resignation waren zu spüren in den oft spontanen Antworten. Auch so manches Mal Ärger über Politiker. Aber es war auch Solidarität spürbar. Die Menschen, die wir getroffen haben, machen sich Gedanken, wem es schlecht geht und wie man ihm oder ihr helfen kann. Solidarität war schon immer ein Standortfaktor in NRW. ◀

Die Redaktion

Statements und Antworten gesammelt von Alfred Hovestädt, Pia Deuß, Dagmar Gabrio, Gerd Schnitzler, Markus Lahrmann, Jürgen Sauer, Hannah Vollenbröker, Harald Westbeld, Manfred Wieczorek

Nicht alle Antworten auf unsere Fragen konnten wir abdrucken. Lesen Sie weitere Statements unter www.caritas-nrw.de.

Mehr Investitionen in kriminalpräventive Maßnahmen

Spontan fällt mir ein, dass Frau van Dinther, Landtagspräsidentin in NRW, und Herr Moron ihre Honorare für Sitzungen sozialen Projekten zur Verfügung stellen sollten.

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sozialen Schwierigkeiten in den Schulen muss ausgebaut werden. Überforderte Eltern brauchen professionelle Erziehungshilfe. Das Schulsystem muss entbürokratisiert werden, 300 Schulleiterstellen in NRW sind unbesetzt. Wie eigenverantwortliches Arbeiten in Schulen aussieht, kann man bei unseren Nachbarn in den Niederlanden lernen.

Der Neubau von Jugendgefängnissen für 510 Jugendliche in Wuppertal und 280 in Heinsberg ist ein Armutszeugnis für die Politik und für unsere Gesellschaft. Wir brauchen mehr Investitionen in kriminalpräventive Maßnahmen und Projekte der Haftvermeidung. Erziehung zum verantwortlichen Umgang mit der Freiheit ist in der Unfreiheit kaum zu bewirken. Gut ist das vielfältige ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Kirchen, Vereinen und Verbänden.



*Günter Berkenbrink (48),
katholischer Gefängnis-
seelsorger*

Leben in der Familie ist mehr als (staatlich organisierte) Kinderbetreuung und -versorgung

Das Bild von der Familie hat sich in der öffentlichen Diskussion stark verändert. Ihre Bedeutung für junge und alte Familienmitglieder wird unterschätzt und bisweilen auch untergraben. Bundes- und Landespolitik sollten jungen Menschen Mut machen, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen, statt Eltern die Kompetenz zur Kindererziehung abzusprechen.

Ich begrüße die Anstrengungen des Landes, das Angebot an qualifizierten Kindertagesstätten und Schulen weiterzuentwickeln. Allerdings sollen die Einrichtungen die Eltern unterstützen, ihre Verantwortung für die Erziehung wahrzunehmen, und sich nicht an die Stelle der Eltern setzen. „Vater Staat“ kann niemals liebende Eltern ersetzen! Die oftmals scheinheilige und unzulässig verallgemeinernde Diskussion zu „Problemfamilien“ diskreditiert die traditionelle Eltern-Kind-Familie, die natürlicherweise auf das Wohl der Familienangehörigen gerichtet ist. Leben in der Familie ist mehr als

(staatlich organisierte) Kinderbetreuung und -versorgung.

Auch im Bereich der Pflege und Unterstützung von Bedürftigen hat sich die „öffentliche Hand“ an vielen Stellen in den Vordergrund gespielt, hilfsbereite Menschen zurückgedrängt und hilfsbedürftige Menschen entmündigt oder stigmatisiert. Statt die Starken zur Nächstenhilfe zu ermuntern und die Schwachen zur Selbsthilfe zu befähigen, werden Hilfseinrichtungen geschaffen, „Fälle“ verwaltet und Prozesse bürokratisiert. Ich bin fest davon überzeugt, dass man den Menschen mehr vertrauen kann. Der Staat selbst kann nicht lieben, allenfalls funktionieren. Darum sollte mehr noch als bisher das Land NRW konkret Helfende und nichtstaatliche Hilfseinrichtungen unterstützen.



*Dr. Hermann-Josef Tebroke,
Bürgermeister der
Gemeinde Lindlar*



Dr. Peter Eckhardt (54),
Vorsitzender des Vor-
stands der VerbundSpar-
kasse Emsdetten-Ochtrup

Wir brauchen „Wirtschaftskapitäne“, die mithelfen, neue Antworten auf sich ändernde Rahmenbedingungen zu finden

Spontan fällt mir ein, dass es wieder einmal die weniger privilegierten sozialen Schichten in unserer Gesellschaft sind, die unter den Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise des vergangenen Jahres am meisten zu leiden haben.

Weil gespart werden muss, z. B. bei den Kommunen, die eine Hauptlast des sozialen Netzes finanzieren müssen und das

aufgrund ihrer dramatischen Einnahmeeinbrüche wahrscheinlich in weiten Teilen nicht mehr können.

Oder dass das soziale Netz „Familie“ nach meiner Beobachtung ein Stück weit seine Rolle als Absicherung und Hilfestellung verloren hat. Ich befürchte den massiven Rückzug aus dem bewährten familieninternen Generationenvertrag, nicht zuletzt durch die hohe Rate an Ehescheidungen. Dabei ist eine intakte und verantwortliche Familiensituation die wichtigste Basis für ein funktionierendes Netzwerk in unserer Gesellschaft.

Beide Beobachtungen haben mit veränderten Werthaltungen zu tun, sind Ausdruck für sich verschiebende Gewichte, auf die es auch politisch zu reagieren gilt, z. B. indem die finanzielle Ausstattung der Kommunen in der „großen“ Bundes-/Landespolitik nicht aus den Augen verloren wird. Oder aber indem familieninterne soziale Aufgaben ein besonderes Gewicht erhalten, meinetwegen in Form einer begünstigenden Steuerpolitik. Aber wir dürfen bei dieser spontanen Beobachtung nicht nur Probleme sehen und formulieren. Wir dür-

fen in Deutschland auch ein wenig stolz sein, haben wir doch im weltweiten Vergleich immer noch eines der umfangreichsten sozialen Gemeinwesen, das selbst in vielen Industrienationen seinesgleichen sucht.

Was mich aktuell am meisten bewegt?

Das kann ich Ihnen mit dem Ton der erheblichen Verärgerung sagen:

An meiner eigenen Finanzdienstleistungsbranche stört mich ganz gewaltig, wie schnell wir zur Tagesordnung übergegangen sind bzw. wie wenig einige meiner Vorstandskollegen im Großbankenbereich von ihrer eigenen Verantwortung für die Wirtschafts- und Finanzkrise anerkannt haben. Viel zu schnell werden in der uns immer noch belastenden Finanzmarktkrise wieder Quartalsrekorde formuliert. Auch wenn ich kein Freund von kollektiven Pauschalverurteilungen bin, ist es doch verwunderlich, zu beobachten, wie einige meiner Kollegen wieder von Quartal zu Quartal neue Rekordzahlen unters Volk streuen, ohne sich ganz offensichtlich ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl zu stellen. Ja, ganz eindeutig: Wir brauchen eine funktionierende und erfolgreiche Wirtschaft, um unsere sozialen Netzwerke finanzieren zu können, aber was wir auch brauchen, sind „Wirtschaftskapitäne“ – im besten Sinn des Wortes –, die mithelfen, neue Antworten auf sich ändernde Rahmenbedingungen zu finden. Die mithelfen, einen neuen Generationenvertrag auszuhandeln, und proaktiv an Regeln mitarbeiten für die Stabilisierung unseres Gemeinwesens.



Gülaga Kirgöz (53),
arbeitslos

Mit 60 Prozent Schwerbehinderung nimmt einen keiner mehr

Ich bin Lagerist, habe auch mal Bewachung und Sicherheit gemacht. Ich habe fast 30 Jahre gearbeitet. Momentan bin ich arbeitslos, weil unsere Firma geschlossen worden ist. Mit 60 Prozent Schwerbehinderung nimmt einen keiner mehr

Zur Landtagswahl: Es muss viel gemacht werden. Hier in Wuppertal gibt es viele Arbeitslose, die von Hartz IV

leben. Das Problem muss beseitigt werden. Viele sind auch benachteiligt, manche krank. Ich bin zu 60 Prozent schwerbehindert und habe Diabetes. Anfangs habe ich deswegen einen Mehrbedarf für Ernährung zugestanden bekommen, dieses Jahr nicht mehr. Viele Leute sind von so etwas betroffen, die müssen eine Chance haben, ihr Recht zu bekommen.

Die Politik sollte sich mal Gedanken darüber machen, wie wir alten Leuten mobil bleiben können

Es gibt viele tolle Sonntagsreden. Aber es gibt auch Politiker, die die medizinische Versorgung älterer Menschen einschränken wollen. Das finde ich dreist.

Wenn ich unterwegs bin, dann sage ich mir immer: Bloß nicht hinfallen und sich etwas brechen. Gar nicht so einfach bei dem Zustand der Gehwege. Das sind Stolperfallen. Aber die Stadt hat ja kein Geld. Auch Bus und Bahn sind für Ältere schwierig zu nutzen, überall nur Automaten. Die Politik sollte sich mal Gedanken darüber machen, wie wir alten Leuten mobil bleiben können.



*Erna Wehrhöfer (81),
Rentnerin*

Das Ziel einer Erwerbsvollbeschäftigung nach dem herkömmlichen Muster der Industriegesellschaft scheint mir gesellschaftlich, aber auch wirtschaftlich und ökologisch mehr und mehr illusorisch zu sein

13 Prozent der Bundesbürger sind arm. Sie verdienen weniger als 781 Euro netto. Rund zwei Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Insgesamt hat sich die soziale Kluft in Deutschland weiter vertieft.

Diese fortschreitende Spaltung unserer Gesellschaft hat ihre Ursachen in der Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems nach maßlosem Profit sowie in den derzeitigen Strukturen des Arbeitsmarktes, die immer mehr Verlierer hervorbringen.

Das Ziel einer Erwerbsvollbeschäftigung nach dem herkömmlichen Muster der Industriegesellschaft scheint mir gesellschaftlich, aber auch wirtschaftlich und ökologisch mehr und mehr illusorisch zu sein. Daher ist für mich die Zeit reif für eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Strukturen einer neuen, zukunftsfähigen Arbeitsgesellschaft.

Ich betrachte mit großer Skepsis den gegenwärtigen „Boom“ von neuen und alten existenzunterstützenden

Angeboten: Vor Tafeln und Lebensmittelausgaben bilden sich lange Schlangen, die mich an Bilder aus den Nachkriegsjahren erinnern. Sozialkaufhäuser, Kleiderkammern und Möbellager ergänzen das vermeintliche Angebot. Eigentlich sind solche Maßnahmen dafür gedacht gewesen, um in Einzelfällen helfen zu können. Heute sind ganze Familien – vor allem auch immer mehr Jugendliche und alte Menschen – auf diese regelmäßige Hilfe angewiesen. Sie müssen sich dort mit dem Nötigsten versorgen, weil das Geld sonst nicht reicht. Eigentlich weiß jeder um diese Umstände, aber niemand scheint bereit zu sein, hieran etwas zu verändern. Ich sage ganz deutlich, dass man von den aktuellen Regelsätzen in Deutschland nicht menschenwürdig leben kann – vor allem für Kinder ist dies unmöglich. Vieles würde sich sicher ändern, wenn die politisch Verantwortlichen wirklich konkrete Einzelfälle in den Blick nehmen würden.



*Michael Hänsch (54),
Geschäftsführer Katholisches Düsseldorf*



Schwerpunkt



*Ingo Brüggenjürgen,
Chefredakteur domradio,
verheiratet, drei Kinder*

Wichtigstes Ziel der Politik in NRW sollte sein, ein weiteres Auseinanderklaffen der sozialen Schere zu verhindern.

An meinem Arbeitsort in Köln beispielsweise gibt es Stadtteile, in denen die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt: Köln-Bocklemünd, -Ostheim oder auch -Lindweiler. Das sind Stadtteile, in denen manchmal ein Drittel der Bevölkerung auf Hilfe vom Staat angewiesen ist. Gleichzeitig gibt es nur wenige Kilometer weiter nicht wenige reiche Erben oder sogenannte „Besserverdiener“, die an ei-

Wenn wir nicht allen Menschen in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen geben, dann wird die soziale Schere noch weiter auseinandergehen

nem Abend bei ihrem Besuch im Restaurant mehr Geld auf den Tisch legen, als eine ganze von Hartz IV abhängige Familie monatlich überhaupt zur Verfügung hat. Dieser immer noch wachsende Unterschied zwischen Arm und Reich ist Sprengstoff für jede Gesellschaft. Hier darf die Politik nicht länger wegsehen.

Wenn wir nicht allen Menschen in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen geben, dann wird die soziale Schere noch weiter auseinandergehen. Gerade die Kinder in unserer Gesellschaft müssen gefördert werden. Sie brauchen die Chance auf Bildung. Es kann nicht sein, dass der Wohnort eines Kindes über seine schulische Laufbahn und letztendlich damit über seine Zukunft entscheidet. Wenn ich mir die Zahlen aus Köln ansehe, dann finde ich da einen direkten Zusammenhang: Wohnt ein Kind in einem gutbürgerlichen Stadtteil, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nach der Grundschule das Gymnasium besucht, statistisch gesehen bei 80 Prozent. Geht ein Kind dagegen in einem sogenannten „Problemviertel“ zur Grundschule, wird es mit einer Wahrscheinlichkeit von acht Prozent danach ein Gymnasium besuchen. Das ist nicht gerecht.



*Raul Clermont (19),
Schüler*

Unterm Strich wird in der Bildung zu viel selektiert und viel zu wenig gefördert

Ohne Abitur haben Jugendliche doch kaum noch eine Perspektive, beruflich Fuß fassen zu können. Wer wirklich gute Chancen haben will, braucht ein Top-Abitur.

Der Druck wächst. Alles muss immer schneller und besser werden. Turbo-Abi, kurze Bachelor-Studiengänge, möglichst viele Praktika – aber selbst dann ist nicht garantiert, dass man seinen Platz auf dem Arbeitsmarkt findet. Hinzu kommen die Studiengebühren, die vor allem Jugendliche verunsichern, deren Eltern nicht so viel Geld haben. Unterm Strich wird in der Bildung zu viel selektiert und viel zu wenig gefördert.

Die Armen haben zu wenig

Ich arbeite als Seelsorger in einem kleinen Dorf im Münsterland. In meiner Arbeit erlebe ich, die private Armut nimmt zu, und auf der anderen Seite wächst bei vielen der Wohlstand.

Die Armen haben zu wenig. Wenn nicht anders möglich, dann müssen bei den niedrigen Löhnen eben klare Vorgaben gemacht werden, und die Sozialleistungen sollten entsprechend steigen.

Gleichzeitig weiß ich natürlich aus Gesprächen mit Politikern, die Politik muss abwägen. Und nicht nur die private Armut nimmt zu, sondern auch die öffentliche. Viele Kommunen sind klamm und befinden sich schon oder gehen in die sogenannte Haushaltssicherung. Für Soziales, Bildung, Lernmittel, gute Kinderbetreuung usw. steht immer weniger Geld zur Verfügung. Und die öffentliche Armut trifft wieder vor allem die kleinen Leute.

Ein Punkt liegt mir noch besonders am Herzen: Ich habe Kontakt zu einigen Flüchtlingsfamilien in unserem Dorf. Um es konkret zu machen, ich denke da an eine



*Werner Heckmann,
Pastoralreferent in der
Kirchengemeinde
St. Georg, Saerbeck*

Mutter mit ihrem 17-jährigen Sohn. Sie erhalten als geduldete Asylbewerber gekürzte Leistungen, da sie sich weigern, Dokumente zu unterschreiben, die ihre Abschiebung begünstigen. Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass sie alles lassen oder tun, um zurzeit nicht in den Iran zurückzumüssen. Beide zusammen erhalten im Monat 300 Euro für ihren Lebensunterhalt und müssen davon auch Strom, Heizung und Kleidung bezahlen. Wie sagen die Jugendlichen heute so schön: „Das geht gar nicht!“

Die sozial Schwachen muss man direkt gleich betreuen

Die Betreuung der Obdachlosen muss verbessert werden. Bislang ist viel Schikane dabei.

Es gibt sehr schlechte Mitarbeiter, es gibt aber auch sehr gute Mitarbeiter. Man sollte nicht das ganze Geld, wie jetzt zum Beispiel in Essen, nur in Museen und Kultur, Musikschulen stecken. Dafür haben die Millionen über. Die sozial Schwachen muss man direkt gleich betreuen wie in Duisburg und in Düsseldorf – und da sind CDU-Oberbürgermeister! Dort kriegen die Obdachlosen sofort einen Betreuer, da kriegt man Leute wieder raus. Die kriegt man auch wieder hoch, die kriegt man auch wieder in Arbeit. Aber wenn man nichts macht und man schiebt die nur ab und die kriegen pausenlos immer einen auf den Deckel, dann ist das sehr negativ.



Matthias Uhlig (53), arbeitslos, war Vermessungstechniker, Leiter einer Taxizentrale, Kurierfahrer, Eistaxi in Essen



*Peter-Christian Sczygiol (50),
Stromsparchecker in bedürftigen
Haushalten, Rheinischer Verein für
Kath. Arbeiterkolonien Aachen*

Jede Verbesserung zur Integration halte ich für sinnvoll

Egal wo Sie hinkommen, überall hören Sie, dass kein Geld mehr da ist und die Kassen leer sind. Aber ist es nicht so, dass gerade in Krisenzeiten das Soziale am dringendsten gebraucht wird?

Ich würde mir sehr wünschen, dass für Sozialarbeit und alles, was daran hängt, das Budget zumindest erhalten bleibt, von einer Aufstockung wage ich erst gar nicht zu träumen. Das müsste doch auch der Politik klar sein! Die Situation sozial Benachteiligter ist in meinen Augen sehr schlimm. Jede Verbesserung zur Integration halte ich für sinnvoll. Als Energieberater sehe ich Haushalte, deren soziale Misere mir dauerhaft erscheint. Ich meine, wir in Nordrhein-Westfalen müssten da mehr schaffen können. Wenn ich an die Industrialisierung an Rhein und Ruhr denke, da halfen ausländische Arbeitnehmer, die mit ihren Familien kamen. Das Miteinander hat doch bei uns eine stärkere Tradition als in anderen Bundesländern – daran sollten wir uns erinnern, und die Politik sollte die Weichen dazu stellen.



*Anne Krause-Kirchhoff,
Dipl.-Sozialpädagogin
und Leiterin der Caritas-
Kindertageseinrichtung
St. Ida*

Wir erleben Kinder,

- ... die immer und überall nach Aufmerksamkeit und Erwachsenen suchen, die Zeit für sie haben.
- ... die vor der Klassenfahrt plötzlich krank werden.
- ... die in der Schule immer schlechter werden und deren Lernmotivation stetig sinkt.
- ... die auf vieles verzichten müssen, was für andere Kinder selbstverständlich ist (z. B. ein warmes Essen am Tag).

Was ist mit diesen Familien – haben sie einfach Pech gehabt?

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft, und es gibt schon etliche Unterstützungsmöglichkeiten, um Eltern ihren Auftrag zu erleichtern. Doch leider reicht es noch nicht aus. Die Kluft zwischen Kindern, die wohlbehütet aufwachsen, und denen, die überlastete Eltern erleben, scheint sich immer mehr zu verbreitern. Die Lösung liegt nicht immer in der Aufstockung finanzieller Zuwendungen. Bildungschancen ermöglichen bedeutet auch, dass die Hilfe direkt beim Kind ankommen muss. Schulmittelfreiheit und ein kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen wären ein Weg in diese Richtung und würden Familien schon erheblich entlasten.

Es kann nicht sein, dass Zivis Sonderschichten machen müssen, damit keine weiteren Angestellten eingestellt werden müssen

Es gibt in der heutigen Gesellschaft mittlerweile für nahezu jede Personengruppe eine zuständige Institution, die sich mit den Problemen ihrer „Klienten“ beschäftigt.

Es werden zwar häufig Stimmen laut, die behaupten, das soziale Wesen in Deutschland wäre unmenschlich, doch wenn man es mit Einrichtungen und den Möglichkeiten anderer Länder vergleicht, schneidet Deutschland in meinen Augen sehr gut ab.

Aus meiner Sicht als Zivi sehe ich den fast überall auftretenden Personalmangel als unbedingt verbesserungswürdig. Es kann nicht sein, dass Zivis Sonderschichten machen müssen, damit keine weiteren Angestellten eingestellt werden müssen. Ich glaube, dass mehr Geld für Personal ausgegeben werden sollte. Außerdem sollte in die Ausbildung von sozialen Berufen investiert werden, indem z. B. ausbildende Einrichtungen einen großen Zuschuss vom Staat bekommen sollten. Meiner Meinung nach hängt viel zu viel von den Zivis ab.

Michael Wolf (20), Zivildienstleistender in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung



Soziale Selbstverwirklichung ist eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung des sozialen Friedens

Leider Gottes muss man sagen, dass der Kreis der Personen, die in der Realität des politischen Wirkens kaum mehr vertreten sind, viel zu groß geworden ist. Die Gesellschaft entwickelt sich immer mehr zu einer reinen Marktgesellschaft, bei der nur noch der Profit als einzig richtungsweisende Größe zählt.

Früher hatte der Markt eine ganz andere Konnotation: Er war ebenso ein Ort, an dem man sich mit den Dingen des täglichen Bedarfs versorgte, wie ein Ort der menschlichen Begegnung. Heute hingegen ist der Kampf ums Überleben für viele Menschen kaum zu ertragen und zu bewältigen.

Ganz besonders verbesserungsbedürftig ist in meinen Augen die Alltagsrealität in den Schulen. Die Situation ist teilweise katastrophal. Lehrer können oft schon gar nichts mehr bewirken, weil die erzieherischen Defizite zu groß und die Rahmenbedingungen viel zu schlecht sind. Auch müsste unbedingt mehr für den Ausbau der beruflichen Möglichkeiten junger Menschen getan werden. Gerade in unserer überalterten Gesellschaft können wir es uns nicht leisten, nur so wenig für die Zukunft junger Menschen zu tun. Darüber hinaus ist es unbedingt erforderlich, Menschen in sozialen Berufen besser zu bezahlen, um eine Umverteilung der Gelder von oben nach unten in die Wege zu leiten.

Was mich ganz allgemein bedrückt und beunruhigt, sind die schier grenzenlose Allmacht der Monopolgesellschaften in der Industrie und Finanzwirtschaft und die daraus resultierende Erpressbarkeit politischer Entscheidungsträger. Das wird zwar landläufig als Lobbyismus bezeichnet, führt aber letztlich dazu, dass bis in kleinste Bereiche des Alltagslebens bisweilen krankmachender Druck auf Einzelnen lastet. Persönlich bedrückt mich außerdem, zu beobachten, dass sich die Menschen zunehmend aggressiver verhalten, sei es in der Straßenbahn, auf der Straße oder z. B. bei Sportveranstaltungen. Hoffnungsfroh stimmt mich angesichts der Landtagswahl und Prognosen, dass die gelbe Regierungsbeteiligung zu Ende zu gehen scheint und damit die Chance wächst, das Verteilungsprinzip von unten nach oben zu stoppen und das Ausbluten sozialer Fördersysteme zu unterbinden. Eine Gesellschaft aus Einzelkämpfern lässt sich schnell für politische Zwecke missbrauchen, wenn man extreme Feindbilder anbietet. Soziale Selbstverwirklichung dagegen ist eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung des sozialen Friedens.

Karl H. (54), Handwerker/Sozialarbeiter in Köln, möchte nicht identifiziert werden





Es sind dringend eine Kompensation der steigenden Kosten und eine Dynamisierung des Budgets erforderlich

Zwei Möglichkeiten fallen mir auf Anhieb ein, die die Situation von Kindern und jungen Eltern spürbar verbessern können, und zwar mit Hilfe der nächsten Landesregierung:

1. Frühe Hilfe für Familien und Kinder

„Frühe Hilfe“, ein Angebot an Familien und Alleinerziehende mit Kindern bis zum 3. Lebensjahr, besteht beim Caritasverband für die Stadt Bonn aus mehreren Säulen: Beratung junger Familien/Alleinerziehender, Besuch von Müttern im Krankenhaus unmittelbar nach der Entbindung und die Vermittlung von Familienpaten. „Frühe Hilfen“ sind eng eingebunden in das Caritasnetzwerk. All diese Präventivmaßnahmen dienen der Vermeidung von krisenhaften Entwicklungen bei Familien mit Säuglingen und Kleinkindern. Um aber weiterhin die begonnene, erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können, muss „Frühe Hilfe“ vom Status eines zeitlich befristeten Projekts in ein längerfristiges Angebot überführt werden. Dies setzt aber eine kontinuierliche Finanzierung voraus. Mein Appell an die neue Landesregierung lautet, das erfolgreiche Wirken unter anderem auch von vielen Ehrenamtlichen finanziell zu unterstützen, damit auch weiterhin überforderte Eltern und Alleinerziehende eine wirksame Hilfe erhalten können.

2. Offene Ganztagschule (OGS)

Viele Träger der Jugendhilfe, so auch der Caritasverband für die Stadt Bonn, haben sich beim Auf- und



Karl Wilhelm Starcke (67), ehrenamtliches Vorstandsmitglied im Caritasverband Bonn

Ausbau der OGS engagiert und damit ein klares Signal für eine Unterstützung der sich wandelnden Grundschule gesetzt. Nicht nur die Vereinbarung von Beruf und Familie, sondern insbesondere auch die Chancen für Kinder aus ausbildungsfernen Milieus sind damit verbessert worden. Dem stehen aber die schwindenden Budgets der Betreuung gegenüber. Offene Ganztagschulen werden in ihren Möglichkeiten immer stärker eingeschränkt, da die Höhe der Finanzierung seit dem Jahr 2004 unverändert geblieben ist. Es sind dringend eine Kompensation der steigenden Kosten und eine Dynamisierung des Budgets erforderlich, da sonst ein enormer Qualitätsverlust bei der täglichen Arbeit zu erwarten ist. Ich wünsche mir daher von der neuen Landesregierung, dass sie schnellstmöglich die Budgets an die heutigen Erfordernisse anpasst und sie jährlich aktualisiert.



Ulrich Spiegelberg (60), Diplom-Bibliothekar

Ich schätze das Ehrenamt, aber es hat auch seine Grenzen

Privat vor Staat – das ist das Motto dieser Landesregierung. Im sozialpolitischen Bereich frage ich mich, wie das funktionieren soll.

Es kann nicht sein, dass die Angebote für ältere Menschen, für Kinder und Jugendliche oder Menschen mit

Behinderungen immer knapper werden. Zum Glück versuchen die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, in die Bresche zu springen, aber sie können die Lücke nicht füllen. Ich schätze das Ehrenamt, aber es hat auch seine Grenzen. Verlässliche und professionelle Hilfe ist so nicht gewährleistet. Privat vor Staat – das geht im sozialpolitischen Bereich überhaupt nicht.

Kinder und Familien garantieren Zukunft

Für ganz zentral in der Sozialpolitik halte ich vor allem die Verbesserung der Chancen für Familien.

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein und auch nicht als solches abgestempelt werden. Im Gegenteil: Es muss allen klar werden, dass Kinder ein großer Reichtum für alle sind. Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihnen eine wirkliche Perspektive zu geben. Dazu

brauchen wir insgesamt eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, die der Bildung und Ausbildung der nächsten Generation hohe Priorität einräumt. Denn Kinder und Familien garantieren Zukunft. Wenn das nicht eine Schlüsselfrage der gesamten Politik ist, dann wäre das kaum zu verstehen.



*Dr. Christof Beckmann,
Redaktionsleiter KiP-
NRW – Katholische Kirche
im Privatfunk von
Nordrhein-Westfalen*

Es wäre nicht schlecht, die Betroffenen, die etwas zu sagen haben, öfter zu Wort kommen zu lassen

Wenn ich mir die Situation von armen Menschen, Kranken oder von Menschen mit Behinderungen vor Augen führe, fällt mir sehr oft ein, dass ich ein glücklicher Mensch bin und dass meine Probleme nicht ernst und wichtig sind. Sie sind überhaupt keine Probleme im Vergleich zu denen, die an Krankheiten oder Armut Leidende haben.

Wenn es um die Situation von Migranten geht, würde ich als Erstes versuchen, das Denkmuster der Gesellschaft über Migranten zu ändern: „Migranten sind nicht in der Lage, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Sie müssen sich immer von anderen helfen lassen.“ Ich finde es entwürdigend.

Die Politiker müssen sich nicht nur kurz vor den Wahlen für die Probleme von Benachteiligten und Schwachen, Armen und Kranken interessieren und ihnen finanzielle Unterstützung versprechen. Sie müssen eine Politik entwickeln, die den oben genannten Gruppen von Menschen hilft, selbst auf die Beine zu kommen und auf eigenen Beinen zu stehen.

Es wäre auch nicht schlecht, die Betroffenen, die etwas zu sagen haben, öfter zu Wort kommen zu lassen.

Mich persönlich drückt der Schuh sehr, wenn es um die

Einbürgerung geht. Einerseits versucht der Staat, diesen Prozess attraktiv für Migranten zu machen, andererseits sind die Einbürgerungsbehörden an den Ergebnissen ihrer Arbeit so desinteressiert, dass sie bei ihren Entscheidungen über die Einbürgerung nie den Nutzen von Antragstellern sehen. Das demotiviert und deprimiert.

Ich kann ganz deutlich sagen, dass es viel Gutes am sozialen Leben hier gibt. Ich kenne nicht viele Länder, die so viel sowohl für eigene Bürger als auch für Zugewanderte tun. Klar, es gibt immer etwas zu kritisieren und zu verbessern. Man darf jedoch nicht vergessen, dass alle Hilfe, die man in Anspruch nimmt, nicht aus der Luft gegriffen wird. Dahinter stecken viel Arbeit, Engagement und sogar Aufopferung von der Gesellschaft, deren Teil wir sind.

*Irina Kovalova (48), Diplom-Pädagogin
(Ukraine), pädagogische Mitarbeiterin im Bereich
Qualifizierung und Arbeit beim Migrationsdienst
des Caritas-Verbandes Witten*





Günther Nierhoff (59),
Geschäftsführer der kath.
St.-Johannes-Gesellschaft,
Dortmund gGmbH

Wir müssen dringend in die Zukunft investieren

Ein Land, das in diesen Zeiten sicher vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt ist, sollte seinen Solidaritätsgedanken schwächeren Menschen gegenüber nicht vernachlässigen.

In der Verantwortung diesen Menschen und vor allem auch unserer Zukunft, den Kindern, gegenüber müssen wir ein Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern, Kommunen, sozialen Trägern und dem einzelnen Bürger anstreben. Wir sollten das Gemeinschafts- und das Verantwortungsgefühl füreinander stärken, um individuell zu helfen.

Wir müssen dringend in die Zukunft investieren, vor allem in Ausbildungen und Schulpolitik, aber auch in zukunftsorientierte Technologien. Wir sollten uns dem Wettbewerb stellen und nicht darüber jammern, was wir bereits verpasst haben. Top geschulte Mitarbeiter sollten ihren Blick auf das Zusammenwirken von Wirtschaftlichkeit und sozialem Engagement richten. Beides

ist voneinander abhängig und muss in einem gesunden Verhältnis stehen.

Jeder sollte sich verpflichtet fühlen, nach seinen Möglichkeiten daran mitzuarbeiten, dass wir in Frieden und wirtschaftlicher Sicherheit leben können. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dies geht mit der Unterstützung von Familien, mit angemessener Versorgung von Kindern in Kindergarten und Schule los und hört bei einem gerechten Steuersystem für diejenigen auf, die sich um unser Bruttosozialprodukt bemühen.

Gut ist, und dies vergessen viele Menschen, dass hier in NRW jeder Bürger eine Grundsicherheit erfährt. Jeder ist krankenversichert, wird immer medizinisch versorgt und erhält im Regelfall eine finanzielle Unterstützung durch den Staat. Dazu gibt es auch viele Angebote kirchlicher Träger, die wahrgenommen werden können. Niemand muss durchs soziale Netz fallen, selbst wenn es zu extremen Auswüchsen kommt.



Frank Jäger, Sozialwissenschaftler, arbeitet als Sozialberater beim Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles in Wuppertal

Wir brauchen eine Vereinheitlichung von Rechtsstandards

Ich wünsche mir von der nächsten Landesregierung, dass sie Klarheit und Sicherheit zu den Unterkunftskosten der Hartz-IV-Empfänger schafft.

Bislang bestehen für die ARGEs sehr, sehr große Spielräume bei der Entscheidung, welcher Wohnraum angemessen ist. Und weil wir zuletzt kalte Winter hatten, explodieren die Heizkosten. Immer mehr Leistungsbezieher müssen aus ihrer Regelleistung zum Lebensunterhalt immer mehr Geld für Miete und Heizkosten aufwenden. Dadurch haben sie natürlich weniger zum Leben. Das führt natürlich laufend zu einer Unterdeckung und ist ein großes Problem. Hier könnte eine Landesregierung zumindest zur Rechtssicherheit beitragen, indem sie Empfehlungen ausspricht, die dann auch eine gewisse Wirkung in den Verwaltungen der einzelnen ARGE-Bezirke haben. Wir brauchen eine Vereinheitlichung von Rechtsstandards. Allerdings darf man dazu nicht nur die Behörden fragen, die vornehmlich Leistungskürzungen bzw. die Senkung der Ausga-

ben im Kopf haben, sondern muss auch die Experten der anderen Seite hinzuziehen.

Bei den Heizkosten darf es keine Kappungsgrenzen geben. Hier muss eine Einzelfallgewährung möglich sein. Man muss sich bei der Ermittlung der Prüfgrenze an relativ hohen Heizkosten orientieren, weil die Betroffenen in billigen Wohnungen wohnen, und das sind eben schlecht isolierte Häuser mit schlechten Heizanlagen. Hier kann man sich nicht an Durchschnittsgrenzen orientieren, wie es häufig gemacht wird.

Ein zweiter Wunsch wäre die Verbesserung der Rechtsposition von Betroffenen. Vor anderthalb Jahren wurden die Landesmittel für die Beratungsstellen für Arbeitslose in NRW gestrichen. Die Folge: Immer weniger betroffene Leistungsbezieher haben die Möglichkeit, zu ihrem Recht zu kommen. Man braucht unabhängige Beratungsstellen. Ombudsstellen oder Ombudsräte sind kein Ersatz für eine unabhängige Sozialberatung, die niedrigschwellig agiert. Ombudsstellen sind Blitzableiter, um der Behörde ein gutes Gewissen zu verschaffen.



Integration funktioniert am besten, wenn man die Dinge selbst in die Hand nimmt

Pfarrer Franz Meurer, Pastor der Gemeinden St. Theodor und St. Elisabeth in Köln-Höhenhaus und -Vingst („Hövi-Land“)

Seit zwölf Jahren nimmt die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die eine Arbeits- oder Lehrstelle bekommen, ab. Das ist Dritte-Welt-Niveau. Asozial sind nicht diese jungen Menschen, sondern wir in der Gesellschaft, die das nicht kapieren.

Nur noch 26 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ergattern nach der Schule direkt einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle. Wir sind eine Gesellschaft, die sehr bildungsarm ist.

Was noch viel schlimmer ist: Jedes dritte türkischstämmige Mädchen geht ohne jeden Abschluss von der Schule. Nicht in Kenia oder Äthiopien, sondern hier bei uns. Wir haben gerade ein Bewerberbuch gemacht mit der Hauptschule in unserem Viertel, wo wir die Jugendlichen vorstellen mit ihren Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten. Das hauen wir den Politikern um die Ohren, um zu sagen: „Hier, wir wollen mitmachen!“ „Wir können was, wir haben uns engagiert, wir hängen uns rein.“ „Warum braucht ihr uns nicht?“

Es gibt nur die eine Alternative: entweder die Ausbildung direkt für Hartz IV wie an der Hauptschule im Ruhrgebiet, also „Lost Generation“, oder aber eine Anstrengung aus der Mitte der Gesellschaft. Aus meiner Sicht geht es nicht ohne einen dritten Arbeitsmarkt.

In unserem Stadtviertel haben 76 Prozent aller Kinder unter sechs Jahren Migrationshintergrund. Wir sind als Christen die Minderheit. Wenn in Köln zehn Prozent arbeitslos sind, sind in unserem Viertel insgesamt 20 Prozent arbeitslos, aber von den Menschen mit Migrationshintergrund 40 Prozent.

Politik muss das Gute belohnen. Politik darf keine Riesenprogramme machen, sondern Politik muss bereit sein, kleinräumig zu investieren. Ich bring mal ein Beispiel. Wir haben Blumen gepflanzt, da hat jeder gesagt: „Die ham’s se nicht mehr alle.“ Jetzt haben wir 50 000 Osterglocken, 180 Beete, Blumenpaten. Da geht doch keiner dran. Die Kinder sagen „Guck mal, Papa, das ist von mir!“

Also die Ansätze „jedem Kind ein Musikinstrument“ und zum Beispiel „kein Kind ohne Mahlzeit“ waren völlig richtig. Politik sollte das bürgerliche Engagement relativ unkonventionell mit Risikokapital unterstützen. Integration funktioniert am besten, wenn man die Dinge selbst in die Hand nimmt. Sonst wird dauernd gekauft, dauernd delegiert. Integration gelingt nur, wenn man die bürgerlichen Menschen gewinnt. Und das geht nur kleinräumig. Die Erlösung kommt immer aus der Provinz. Nie durch große Kontexte.

Einmal Prekariat – immer Prekariat?

Die Kardinalfrage lautet: Haben wirklich alle Kinder die gleichen Chancen bei gleicher Begabung?

Die Antwort liegt auf der Hand: NEIN, haben sie nicht! Deshalb sind nachstehende Forderungen zur Erziehungs- und Schulsituation dringend umzusetzen:

- ▶ Ganztagsbetreuung in den Schulen
- ▶ Mittagskantine in der Schule (gesunde Ernährung schützt vor Dickleibigkeit)

- ▶ Lehrerpräsenz zur Beaufsichtigung der Hausaufgaben, ggf. mit Nachhilfe
- ▶ gleiche Schul- und Sportkleidung für alle, keine Diskriminierung per Dresscode
- ▶ obligatorisches Angebot für Sport, Musik und andere kulturelle Freizeitaktivitäten

Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, wird es für viele Kinder leider heißen, Menschen zweiter Klasse zu sein. Oder drastischer: einmal Prekariat, immer Prekariat.



Werner Deuß, Diplom-Kaufmann/Rentner



Prof. Joachim Wiemeyer, Volkswirt und Theologe, Professor für Christliche Gesellschaftslehre und Dekan der Katholischen Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

Erfolgreiche Bildungspolitik muss früh ansetzen

Heute haben in vielen Großstädten in Nordrhein-Westfalen 30 bis 40 Prozent der Kinder einen sogenannten Migrationshintergrund. Sie haben besonders schlechte Bildungschancen in NRW.

Es kommt darauf an, dass wir auch diese jungen Menschen mitnehmen und zu leistungsfähigen Bürgern unserer Gesellschaft machen. Erfolgreiche Bildungspolitik muss früh ansetzen. Kinder müssen die deutsche Sprache lernen, bevor sie in die Schule kommen. Unser Schulsystem muss durchlässiger werden. Mehr Schüler aus sozial schwächeren Schichten oder mit Migrationshintergrund müssen zur Realschule oder zum Abitur kommen.

Für uns als Universitäten wäre es auch wichtig, dass es uns gelingt, gerade auch Studierende, die selbst einen Migrationshintergrund haben, zu motivieren, ein Lehramtsstudium aufzunehmen. Denn gerade Lehrer mit Migrationshintergrund können für Schüler ein Vorbild sein. Gerade sie können die Schüler motivieren, sind aber auch viel besser in der Lage, in der Elternarbeit auf die Eltern entsprechend einzuwirken und sich in die Situation der Eltern aus dem Migrantenmilieu hineinzuversetzen. Sie können entscheidende Anstöße geben, dass sich Lernen lohnt und dass man tatsächlich Bildungschancen in unserer Gesellschaft hat.

Das reicht allein natürlich noch nicht aus. Bei einem so großen Bevölkerungsanteil mit Zuwanderung muss auch der öffentliche Dienst offen sein für Personen mit Migrationshintergrund. Das kann man übrigens auch erweitern auf die Caritas!



Konkrete Anlaufstellen zur Unterstützung – sowohl in finanziellen als auch in sozialen Belangen – sind sehr wichtig

Viele Familien sind in der heutigen Zeit aus heiterem Himmel in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Dies ist nicht nur eine Belastung für den Geldbeutel, sondern auch in persönlicher Hinsicht. Gerade Familien mit mehreren Kindern oder auch Alleinerziehende sind sowohl in finanzieller als auch in sozialer Hinsicht überfordert.

Es gibt bereits viele Einrichtungen, die sich genau dieser Problematik annehmen und den Familien unterstützend zur Seite ste-

hen. Als Präventivmaßnahme wurde zum Beispiel das „Wellcome“-Projekt ins Leben gerufen. Ehrenamtliche unterstützen junge Familien in dem oftmals sehr anstrengenden ersten Jahr nach der Geburt. Das bedeutet sowohl Unterstützung und Entlastung im Alltagsstress als auch praktische Tipps in Hinsicht auf Umgang mit und Pflege von Neugeborenen. So sollen Krisen und Notsituationen vermieden werden. Ein weiteres Beispiel ist die Tafel in Coesfeld. Dort werden Kurse angeboten, in denen die Teilnehmer nicht nur gesundes, sondern auch kostengünstiges Kochen lernen können. Solche konkreten Anlaufstellen zur Unterstützung – sowohl in finanziellen als auch in sozialen Belangen – sind sehr wichtig und sollten mehr unterstützt und auch bekannt gemacht werden.

Jessica Demmer, Studentin an der Justus-Liebig-Universität mit dem Berufswunsch Journalismus

Die Betreuungssituation hat sich durch die Abschaffung der Horte verschlechtert

Als Mutter zweier Kinder ärgert mich die Betreuungssituation. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) bringt hier vor allem Nachteile statt Bildung und Förderung.

Die Erzieherinnen müssen mehr Kinder betreuen und können sich nicht so mit dem einzelnen Kind beschäftigen, wie es nötig wäre. Darunter leidet auch die Qualität der Sprachförderung, die ich eigentlich sehr begrüße. Verschlechtert hat sich die Betreuungssituation

auch durch die Abschaffung der Horte. Die Offene Ganztagschule kann das nicht auffangen und bietet auch nicht so lange Öffnungszeiten. Mich verärgert auch, dass immer mehr über Ehrenamtliche gemacht wird. Deren Engagement schätze ich, aber das darf nicht zu Lasten einer professionellen Betreuung gehen.



Tanja Bartušek (39),
Büroangestellte

Arbeitslose werden abgestempelt

Ich habe vier Ausbildungen gemacht: Industriekaufrau, Einzelhandels-Fotofachverkäuferin, dann war ich Filialeiterin bei Quelle und dann Ausbildungsleiterin im Bereich Maniküre, Pediküre, Mode. Seit sechs Jahren bin ich arbeitslos.

Das ist mir sehr schwergefallen, weil ich in tiefe Depressionen gefallen bin. Da habe ich zum ersten Mal in meinem Leben zu spüren bekommen, dass ich Ausländerin bin. Ich bin Griechin und lebe seit meinem 7. Lebensjahr in Deutschland. Damals

wurde mein Vater angeworben, um in Deutschland zu arbeiten.

In der Sozialpolitik muss mehr getan werden für ältere Generationen und für Behinderte. Barrierefreiheit muss verbessert werden. Die Krankenversicherung ist zu teuer. Arbeitslose werden abgestempelt. Die ARGEN wissen nicht Bescheid, die Mitarbeiter wechseln alle sechs Monate. Die Sachbearbeiter ignorieren, wenn jemand krank ist. Die interessiert das nicht, und dann drohen die mit Paragrafen.



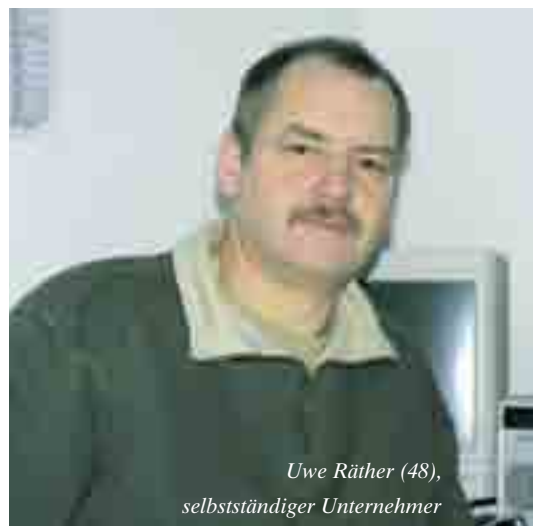
N. S. (56), möchte anonym bleiben

Unser Schulsystem ist von vorgestern

Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik, wenn es zum Beispiel darum geht, der Armutsfalle zu entrinnen.

Doch es ist das krasse Gegenteil zu beobachten: einmal arm, immer arm. Wer aus einkommensschwachen Familien kommt, hat es schwer, sich über gute Bildung Perspektiven zu erschließen. Das liegt an unserem Schulsystem, das von vorgestern ist. Es ist auf Selektion statt

auf Förderung ausgelegt. Unser Sozialsystem droht zu einem Reparaturbetrieb zu verkommen und muss ausbügeln, was vorher versäumt wurde. Wenn es mal gute Ansätze wie zum Beispiel die Familienzentren gibt, dann werden sie halbherzig umgesetzt. Hier mangelt es vor allem am Personal.



Uwe Räther (48),
selbstständiger Unternehmer



Soziale Politik

Vor der Landtagswahl: Anforderungen an die zukünftige Politik, die eine breite Zustimmung unserer Gesellschaft verdient

Von Heinz-Josef Kessmann

Wahlen sind in der Demokratie der vorgesehene Zeitpunkt, um sich zum einen rückblickend Rechenschaft über die Situation des Gemeinwesens zu geben, aber auch mit Blick auf die nächste Legislaturperiode Schwerpunkte und Zielsetzungen für die weitere Entwicklung zu definieren. Dies gilt auch für die kommende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010. Aus Sicht der Caritas gilt es dabei natürlich, die soziale Situation in unserem Bundesland in den Blick zu nehmen.

Dabei müssen wir uns darüber klar sein, dass diese Landtagswahl aus sozialpolitischem Blickwinkel in einen ganz entscheidenden Zeitraum fällt – es geht um die Neuformulierung einer sozialpolitischen Perspektive nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die ersten positiven Signale einer Erholung der Wirtschaft sind zwar erkennbar, gleichzeitig wird aber deutlich, dass eine schnelle Konjunkturbelebung wohl eher Wunschdenken bleiben wird. Der Rückgang der Steuereinnahmen ist erheblich, dementsprechend knapp sind die öffentlichen Haushalte. Dies betrifft in besonderer Weise die Kommunen, deren besorgniserregende Haushaltssituation seit der Kommunalwahl in NRW immer deutlicher geworden ist.

Gegen Armut und Ausgrenzung

Schauen wir auf das Sozialgefüge, wird schnell klar, dass auch in NRW in der Krise die Zahl der Menschen, die von Armut bedroht sind, zugenommen hat; gleichzeitig hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Dies hat auch die Landesregierung in ihrer Sozialberichterstattung festgestellt. Daher muss die Sozialpolitik zukünftig darauf ausgerichtet werden, dass nicht erneut die Armen und Benachteiligten die größten Opfer der Finanz- und Wirtschaftskrise werden. Dies betrifft mit besonderer Dringlichkeit folgende Fragestellungen:

- Gerade angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Zahl der arbeitslosen Menschen ist eine aktive Ar-



*Landtag NRW
Foto: B. Schälte*

beitsmarktpolitik des Landes NRW gefordert. Ein wichtiges Ziel aus Sicht der Caritas ist dabei die Integration von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen in den Arbeitsmarkt, weil so dauerhaft Armut und Ausgrenzung verhindert werden können. Ergänzend braucht es öffentlich geförderte Beschäftigungsmodelle für die Fälle, in denen die Arbeitsmarktintegration nicht gelingt.

- Menschen ohne Arbeit bzw. Familien ohne festes Erwerbseinkommen benötigen eine angemessene finanzielle Absicherung des soziokulturellen Existenzminimums, aber auch eine qualifizierte Betreuung durch die öffentlichen Ämter und notwendige Beratungsdienste. Bezüglich der finanziellen Absicherung hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil einen entsprechenden Rahmen beschrieben; bei der Umsetzung wird das Land NRW über den Bundesrat an einer sozial adäquaten Lösung mitwirken können – genauso wie bei der anstehenden Neuorganisation im Sozialgesetzbuch II (SGB II). Direkt gefordert ist das Land beim Ersatz der weggebrochenen unabhängigen Beratungsstellen für SGB-II-Empfänger.



- In besonderem Maße von Armut und Ausgrenzung bedroht sind in NRW die Menschen mit Migrationshintergrund. Es bleibt eine besondere Aufgabe, diese Menschen stärker in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen zu ermöglichen, sich mit ihren Kompetenzen aktiv und gleichberechtigt in Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen. Will man das erreichen, braucht es sicherlich ein allgemeines Umdenken, aber auch eine intensive Förderung und Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund von Anfang an.

Bildungspolitik ist Sozialpolitik: Armutsprävention

Eines der größten sozialpolitischen Probleme in NRW ist die hohe Zahl armer Kinder, die in den letzten Jahren kontinuierlich weiter zugenommen hat. Auch wenn in der Vergangenheit die politische Aufmerksamkeit für dieses Problem zugenommen hat, konnten die ergriffenen einzelnen Maßnahmen keine Lösung bringen.

Als Caritas wissen wir, dass arme Kinder häufiger krank sind, in schlechteren Wohnungen leben, über weniger soziale Kontakte verfügen und weniger Anregungen im häuslichen Umfeld erfahren – sie starten mit einer schweren Hypothek. Insbesondere das Bildungssystem ist – in NRW wie in der gesamten Bundesrepublik – selektionsverstärkend: Kinder aus sozial schwachen Familien erreichen überproportional nur einen schlechten oder gar keinen Bildungsabschluss im Vergleich zu Kindern aus wohlhabenderen Familien. Damit haben diese Kinder regelmäßig größere Probleme bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, schlechtere Chancen im Beruf und im späteren Leben.

Will man also dauerhaft Armut und Ausgrenzung verhindern, muss die Bildungsgerechtigkeit durch eine frühzeitig einsetzende Förderung erhöht werden – Bildung ist Armutsprävention. Zukünftig wird es also darum gehen, die Investitionen in die Bildung und in die Förderung benachteiligter Kinder als wesentliche Zukunftsaufgabe zu begreifen und auch bei knappen Haushaltsmitteln weiter auszubauen. Folgende Maßnahmen sind dabei von großer Bedeutung:

- In der kommenden Legislaturperiode wird das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) einer Überprüfung und möglichen Revision unterzogen. Dabei darf nicht nur auf den quantitativen Ausbau der Betreuungszeiten und die Verstärkung der Betreuung der unter dreijährigen Kinder geschaut werden, wichtig

NRW bleib sozial – nachgefragt

40 sozialpolitische Fragen hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände (LAG FW) an politische Parteien in Nordrhein-Westfalen geschickt mit der Bitte, Antworten zu geben und Lösungen für „ausgewählte und aktuell besonders dringliche Handlungsbedarfe“ zu skizzieren. Die Wohlfahrtsverbände fragen die Parteien beispielsweise, was sie konkret im Falle einer Regierungsbeteiligung tun werden, um gleichwertige Lebensverhältnisse und Lebenschancen für alle Menschen in NRW herzustellen. Gefragt wird auch nach der Finanzausstattung der Kommunen, nach landeseinheitlichen Elternbeiträgen für Kindergärten und Qualität und Finanzierung von Schulkinderbetreuung und Bildungschancen. Die Antworten der Parteien sollen im Vorfeld der Landtagswahl öffentlich bewertet und kommentiert werden.

Infos: www.nrw-bleib-sozial.de, www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

ist auch die tatsächliche Qualität, die im Rahmen der KiBiz-Pauschalen möglich ist. Mittelfristig sollte es dabei auch um die Verkleinerung der Gruppen gehen. Aus sozialer Perspektive ist die Entwicklung der Elternbeiträge von besonderer Bedeutung: Gerade Kommunen mit großen sozialen Herausforderungen sind häufig aufgrund ihrer Gewerbesteuerbefreiungen gezwungen, hohe Elternbeiträge zu verlangen. Daher fordert die Caritas eine Wiedereinführung landesweit einheitlicher Regelungen für den Elternbeitrag – dies stellt einen wichtigen Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit dar.

- Einen weiteren Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit sieht die Caritas im Ausbau und in der Qualifizierung der Ganztagsangebote für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Damit sich alle Familien diese Angebote für ihre Kinder leisten können, fordert die Caritas zusammen mit den anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege ein kostengünstiges Mittagessen für alle, für Familien im SGB-II-Bezug sowie Familien mit mehr als einem Kind sollte es kostenfrei sein.
- Ebenfalls unter dem Aspekt der Bildungsgerechtigkeit werden auch die Schulstrukturen zu überprüfen sein. Die immer stärkere Abwertung der Hauptschule und des Hauptschulabschlusses führt zu einer Dequalifizierung der Hauptschüler. Auch angesichts weiter sinkender Schülerzahlen sind gerade im ländlichen Raum flexible Lösungen notwendig, wenn flächendeckend ein qualifiziertes Angebot zur Verfügung stehen soll. Dabei wird auch zu diskutieren sein, ob ein längerer gemeinsamer Verbleib in einem Schultyp und die Verschiebung der Selektion



- auf einen späteren Zeitpunkt die Förderung Benachteiligter im Schulsystem verbessern. Als Wohlfahrtsverband muss die Caritas keine Antwort auf diese Fragen geben, wir müssen nur immer wieder deutlich machen, dass mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Förderung für Benachteiligte die beste Prävention gegen Armut darstellen.

Bestehende Strukturen weiterentwickeln

Die verschiedenen Haushaltskürzungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass die politisch Verantwortlichen dazu neigen, in Zeiten knapper Kassen vorhandene Strukturen mit ihren Leistungen als selbstverständlich anzusehen. Dabei gerät dann aus dem Blick, dass in diese vorhandenen Strukturen auch weiterhin investiert werden muss, damit sie sich weiterentwickeln können und auch morgen noch zur Verfügung stehen und leistungsfähig sind.

- So hat das Land mit Unterstützung der Freien Wohlfahrtspflege ein Netz von Familienzentren ausgebaut. Dieser Ausbau hat zu einem erheblichen Mehrbedarf an Familienberatung geführt, dem bis heute aber keine entsprechende Steigerung der Förderung dieser Dienste gefolgt ist. Wenn die Kooperation mit der Familienberatung auch morgen noch ein wichtiges Kennzeichen der Familienzentren sein soll, muss hier dringend eine Aufstockung der Förderung erfolgen.
- Entsprechend den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung will das Land NRW mehr Inklusion im Bildungssystem durch die Schaffung sogenannter Kompetenzzentren sicherstellen. Hier wird eine wesentliche Chance gesehen, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern von Kindern mit besonderem Förderungsbedarf umzusetzen. Daher ist es nicht verständlich, wenn Förderschulen in freier Trägerschaft bis heute keine Möglichkeit der Beteiligung an solchen Kompetenzzentren haben und ihnen diese Entwicklungsmöglichkeit vorenthalten wird, obwohl ein wesentlicher Teil der Förderschulen sich in freier Trägerschaft befindet.
- In den letzten Jahren haben sich vor Ort eine Reihe niedrigschwelliger Betreuungs-, Unterstützungs- und Beratungsangebote für ältere Menschen entwickelt. Diese gemeindebezogene Infrastruktur schafft wesentliche Voraussetzungen für eine „selbstbestimmte Teilhabe im Alter“ (vgl. Jahresthema „Ex-

perten fürs Leben“). Viele Kommunen ziehen sich aufgrund ihrer Haushaltssituation aus der Finanzierung dieser Angebote zurück. Dies hat nicht nur Konsequenzen für das jeweilige Angebot selbst, sondern verschlechtert die Gestaltungsmöglichkeiten für das Leben älterer Menschen in unserer Gesellschaft. Daher ist auch hier das Land gefordert, strukturerhaltend und -stützend einzugreifen.

Wichtige Infrastrukturerfordernisse lassen sich z. B. auch im Bereich der Versorgungsstrukturen für Menschen mit Demenz, in der Familienpflege, bei Hilfe und Schutz für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder oder auch bei den Investitionskosten für Krankenhäuser zeigen. Ebenso gehören für die Caritas die demokratisch verfassten und pluralen Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege unverzichtbar zur sozialen Infrastruktur des Landes NRW.

Es wurde bereits angesprochen, dass gerade die Kommunen in besonderer Weise durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind. Dabei haben sich die Unterschiede zwischen reichen und armen Kommunen – je nach den lokalen Wirtschaftsstrukturen – deutlich verschärft. Dementsprechend sind auch die Lebensverhältnisse in diesen Kommunen sehr unterschiedlich – gerade für diejenigen, die auf Förderung und Unterstützung angewiesen sind. In einzelnen Fällen sind Kommunen kaum mehr in der Lage, ihren Auftrag der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Hier sieht die Caritas das Land in der dringenden Verpflichtung, für einen überregionalen Ausgleich Sorge zu tragen.

Die Sozialpolitik des Landes NRW muss auch nach der Krise darauf ausgerichtet sein, allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zu den materiellen, kulturellen und sozialen Angeboten der Gesellschaft zu ermöglichen. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Gefahr sozialer Verwerfungen enorm gewachsen. In der nächsten Legislaturperiode wird es also wesentlich darauf ankommen, die Beständigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu garantieren, Benachteiligungen abzubauen und Infrastruktur zu erhalten. Dies sind wichtige Voraussetzungen dafür, das Vertrauen in den sozialen Frieden und die soziale Gerechtigkeit als Basis unseres Gemeinwesens zu stärken. Soziale Politik ist damit mehr als Sozialpolitik – sie ist eine Voraussetzung für eine breite Zustimmung zu unserer demokratischen Gesellschaft. ◀



Heinz-Josef Kessmann ist Diözesan-Caritasdirektor für die Diözese Münster und Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in Nordrhein-Westfalen.



Am 19. Februar startete in Aachen die diözesane Initiative „Caritas zur Landtagswahl“. Fotos: Lahrmann

Dialog mit Kandidaten

Aachener Initiative „Caritas zur Landtagswahl“

Der Caritasverband für das Bistum Aachen hat eine Initiative „Caritas zur Landtagswahl“ gestartet. Alle 75 Bewerberinnen und Bewerber in den 15 Wahlkreisen im Bistum Aachen sollen Antwort geben auf die Fragen „Was werden Sie tun, damit die soziale Spaltung in unserem Land überwunden wird?“ und „Was wollen Sie unternehmen, damit alle in unserem Land am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilhaben können?“. Die Antworten präsentiert der Caritasverband auf seiner Homepage (www.caritas-ac.de).

„Wählen ist Teilhabe“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders bei der Vorstellung der Initiative vor Journalisten in Aachen. Er wies darauf hin, dass von den rund zwei Millionen Bürgerinnen und Bürgern im Bistum Aachen 180 000 auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Darunter sind rund 45 000 Kinder und Jugendliche, die in prekären Verhältnissen aufwachsen. „Demokratie wird auch in unserem Land nicht ohne soziale Gerechtigkeit und soziale Teilhabe gelingen“, warnte Schröders auch in Richtung der beiden anwesenden Landtagskandidaten Karl Schultheiß (SPD) und René Stegemann (FDP). Er kündigte sieben weitere Dialog-Veranstaltungen mit Politikern zu sozialen Missständen in den sieben Regionen des Bistums an: „Als sozialer Arm der Kirche muss Caritas politisch sein.“ „Jenga-Politik“ nennt Bernhard Verhoelen, Geschäftsführer des regionalen Caritasverbandes Aachen-Stadt und Aachen-Land, die Sozialpolitik der letzten Jahre. Abwechselnd zieht immer wieder ein Spieler eines der Holz-Klötzchen aus einem Stapel heraus und hofft, dass

das ganze Gebilde nicht zusammenbricht. Verhoelen hält den Turm für akut einsturzgefährdet. „Das Sozialsystem bewegt sich aufgrund der Kürzungen am Limit.“ Eine „Abkehr vom kurzatmigen Projekthopping“ ist nach seiner Ansicht dringend geboten. Viele Träger sähen sich in der Pflicht zur Sicherung von Arbeitsplätzen und hechteten von einer Projektakquise zur nächsten. Dazu gezwungen würden sie durch eine Politik, die zunehmend auf Ausschreibungs- und Vergabeverfahren setze. Soziale Arbeit sei angewiesen auf die Kontinuität in der persönlichen Beziehungsarbeit. Durch Ausschreibungen rein nach dem vermeintlich kostengünstigsten Anbieter werde in der Summe „volkswirtschaftliches Kapital verheizt“, warnte Verhoelen. Er forderte von den politischen Parteien im Land NRW, dass die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik erhalten bleiben sollen, und warnte vor einem Zusammenbrechen des gesamten Systems, so beispielsweise in der Flüchtlingshilfe, Familienpflege oder Suchthilfe.

Vor einem zunehmenden Fachkräftemangel in der Pflege und bei Erzieherinnen warnte Gottfried Küppers, Geschäftsführer des regionalen Caritasverbandes Heinsberg.

Carmen Rosendahl-Küpper von der Schuldnerberatungsstelle des SkF in Eschweiler beschrieb vor allem die Not von Armen und Arbeitslosen, die mit den geringen Regelsätzen auskommen müssen. „Die Pauschalierung hat vor allem die Familien getroffen, das sind die Verlierer der Hartz-Reform“, sagte sie. Häufig müssten Betroffene bei den ARGen Darlehen aufnehmen, um zum Beispiel eine defekte Waschmaschine zu ersetzen. Die Rückzahlung der Schulden setze jedoch eine neue Runde auf der Armutsspirale nach unten in Gang. ◀

Markus Lahrmann



„Jenga-Politik“: so lange Stützen herausziehen, bis das System zusammenkracht

Hinweis:
Termine und Orte der Dialogveranstaltungen unter www.caritas-ac.de



Foto: Harald Oppik (KNA)/ Deutscher Caritasverband e.V.

Mit neuem Mut

Zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010

Von Michaela Hofmann

Die Europäische Kommission hat das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen. In diesem Jahr soll das öffentliche Bewusstsein für Armutsrisiken gestärkt werden und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen geschärft werden. Offensichtlich hat das der deutsche Bundesaußenminister nicht ganz richtig mitbekommen. Worum geht es also konkret?

Circa 80 Millionen Menschen oder 16 Prozent der europäischen Bevölkerung leben zurzeit in Armut. Die Anzahl von Menschen, die als sogenannte „Working Poor“ bezeichnet werden, nicht mitgerechnet. In Deutschland betraf dies 2008 14,4 Prozent der Bevölkerung und 18,4 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren.

Dabei hatten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in der Lissabon-Strategie von 2000 beschlossen und vereinbart, Europa zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten, wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen und die Beseitigung der Armut bis 2010 entscheidend voranzubringen.

Mit der Ausrufung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung soll nun die politische Verpflichtung der Lissabon-Strategie bekräftigt werden, eine aktive Armutsbekämpfung zu betreiben.

Alle Mitgliedsstaaten wurden und sind aufgefordert, die festgelegten Leitziele und Leitprinzipien des Europäischen Jahres zu verfolgen, in einer nationalen Strategie aufzugreifen und umzusetzen.

In Anbetracht der Wirtschaftskrise, der ansteigenden Anzahl von Arbeitslosen und Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich stellt dieses Jahr – soweit es ernst genommen wird – eine große Herausforderung für alle Regierungen und Gesellschaften der EU dar.

Definition von Armut: Der zweite und dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung orientieren sich an einem relativen Einkommensbegriff, bei dem die Armutsgrenze – die Bundesregierung spricht von „Armutsrisikoquote“ – auf 60 Prozent eines mittleren Einkommens (Medianeinkommen) festgelegt wird. Die Untersuchung folgt dieser anerkannten Definition von Armutsgrenzen, die auch innerhalb der Europäischen Union als verbindlicher Indikator zur Armutsmessung gilt.

Quelle: Bundesregierung (2005): *Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht.* – Berlin; Bundesregierung (2008): *Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.* – Berlin; Textfassung *Armutsberichte im Internet:* <http://www.bmas.bund.de/>

Zielsetzung der EU:

- ▶ **Anerkennung von Rechten** – alle Menschen haben das Recht, in Würde zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben
- ▶ **Gemeinsame Verantwortung und Teilhabe** – verstärkte Identifizierung der Öffentlichkeit mit Strategien und Maßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung unter Betonung der Verantwortung der Allgemeinheit und des Einzelnen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- ▶ **Zusammenhalt** – Förderung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorzüge einer Gesellschaft ohne Armut, mit gerechter Verteilung und ohne Ausgrenzung
- ▶ **Engagement und konkretes Handeln** – die Mitgliedsstaaten werden einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Förderung dieses Engagements und des Handelns auf allen Entscheidungsebenen leisten

2. **Wo ist der Einstieg?** – Mit Arbeit Hilfsbedürftigkeit überwinden!
3. **Integration statt Ausgrenzung** – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!

Das eigens für dieses Jahr entwickelte Motto lautet: „Mit neuem Mut“.

Aktionen

Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hierfür ausgeschriebenen Projektmittel von circa 1,2 Millionen Euro führten zur Einreichung von über 800 Projekten.

Letztendlich werden rund 35 Projekte in ganz Deutschland umgesetzt. Die geförderten Projekte sind über die Internetseite des BMAS zum Europäischen Jahr einzusehen.

Eine weitere Aktion des BMAS war eine Eröffnungsveranstaltung (25. 2. 2010 in Berlin), geplant sind eine Abschlussveranstaltung und eine Medienkampagne.

Da dieses Jahr nur einen Nutzen haben kann und wird, wenn viele Akteure miteinander ins Gespräch kommen und andere Konzepte und Strategien entwickeln können, werden in vielen Bundesländern ebenfalls Veranstaltungen durchgeführt.

Das Land Nordrhein-Westfalen startete am 17. 3. 2010 in Köln den Auftakt gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW hat in diesem Zusammenhang die Broschüre „Armen eine Stimme geben“ aufgelegt und will innerhalb einer Fachveranstaltung die Auswirkungen der Sozialgesetzgebung auf Menschen und Institutionen reflektieren und konstruktive Verbesserungen erarbeiten. ▶



Gemeinsam gegen Armut. Armut hat viele Gesichter. In Deutschland und Europa leben zu viele Menschen ausgegrenzt am Rand der Gesellschaft. Sie brauchen faire Chancen. Dafür setzt sich die Caritas ein. Lesen Sie den Blog <http://blog.zeropoverty.de>.

Zielsetzungen in der Nationalen Umsetzungsstrategie Deutschlands:

- ▶ öffentliches Bewusstsein für von Ausgrenzung betroffene Menschen stärken
- ▶ gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlichen und politischen Ebenen für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts verdeutlichen
- ▶ nachhaltige Wirkungen durch Maßnahmen zur Überwindung sozialer Ausgrenzung erzielen

Die Ziele sollen in den drei folgenden Themenfeldern umgesetzt werden:

1. **Jedes Kind ist wichtig** – Entwicklungschancen verbessern!

	Alleinlebende Person	Paar ohne Kind	Paar mit Kindern ...					Alleinerziehende ...	
			mit 1 Kind	mit 2 Kindern	mit 3 Kindern	mit 4 Kindern	mit 5 Kindern	mit 1 Kind unter 7 Jahre	mit 2 Kindern unter 14 Jahre
2007	764 €	1.146 €	1.375 €	1.604 €	1.834 €	2.063 €	2.292 €	993 €	1.222 €
2008	787 €	1.181 €	1.417 €	1.653 €	1.889 €	2.125 €	2.361 €	1.023 €	1.259 €

Armutsgrenzen Deutschland, 60 Prozent eines mittleren Einkommens (Median), Mikrozensus 2007 und 2008;

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder sowie Berechnungen der Nationalen Armutskonferenz

Definition „Working Poor“: Hiermit ist die Gruppe der Menschen gemeint, die trotz einer Erwerbstätigkeit nicht vor Armut abgesichert sind. Eine einheitliche Definition findet sich in der Literatur nicht. Als nicht armutsfest gelten Arbeitsplätze, für die das Einkommen weniger als 75 Prozent des Durchschnitts-Bruttoeinkommens einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit beträgt.

Quelle: Wikipedia



Michaela Hofmann ist Referentin für Armutsfragen beim Diözesan-Caritasverband Köln und stellvertretende Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz.

- Die Nationale Armutskonferenz als Zusammenschluss der unterschiedlichen Verbände und als aktive politische Interessenvertretung für von Armut bedrohte und betroffene Menschen auf der Bundesebene greift inhaltlich die Ziele des Jahres 2010, welche von der EU-Kommission festgelegt und größtenteils in der Nationalen Strategie Deutschlands vorkommen, auf. Sie organisiert im Juni eine Fokuswoche zum Thema. Im Rahmen dieser Woche stehen folgende Programmpunkte fest:

- 22. 6. 2010** 5. Treffen von Menschen mit Armutserfahrung
- 22. 6. 2010** Aktion des Deutschen Caritasverbandes und der Nationalen Armutskonferenz zum Thema „Respekt“
- 22. 6. 2010** Ökumenischer Gottesdienst
- 23. 6. 2010** Forumsveranstaltung der Nationalen Armutskonferenz in Kooperation mit dem Deutschen Verein und mit Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz in dessen Berliner Vertretung. „Armut und soziale Ausgrenzung überwinden. In Gerechtigkeit investieren!“
- 24. 6. 2010** Aktionstag – Öffentlichkeitstag in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz

19. 6. - 26. 6. 2010 Aktionswoche der Schuldnerberatung „Das Geschäft mit der Armut“

19. 6. - 26. 6. 2010 Ausstellung „Kunst trotz(t) Armut“

Weitere Aktionen werden folgen und über die Website der Nationalen Armutskonferenz veröffentlicht.

Bewertung

Das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist eine Chance, mehr Wissen über Armut, ihre Auswirkungen und soziale Ausgrenzung in die Öffentlichkeit zu bringen und damit mehr Solidarität für betroffene Menschen herzustellen. Darüber hinaus bietet es die Gelegenheit, Politiker zu fordern, indem sie benennen müssen, wie die Ziele des Jahres wie z. B. „Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern“ umgesetzt werden.

Sollten dies nur Lippenbekenntnisse sein, ist es an den Akteuren der Freien Wohlfahrtspflege und anderer Nichtregierungsorganisationen, dies anzuprangern und die Verantwortlichen nicht aus ihrer Verpflichtung zu entlassen.

Allerdings ist und sollte dieses Jahr auch dazu dienen, dass die Träger der Freien Wohlfahrtspflege ihre Strategien der Armutsbekämpfung und ihre Rolle als Arbeitgeber überprüfen. Hierzu bedarf es ebenfalls des Mutes. Ob mit neuem oder altem Mut, es kann gelingen, dieses Jahr zu einem erfolgreichen Jahr zu machen, wenn der Mensch und sein Wohlergehen im Mittelpunkt stehen, der Wille zur Veränderung und zu einer konstruktiven Auseinandersetzung gegeben ist. ◀

Impressum

„Caritas in NRW“
Lindenstraße 178
40233 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 51 60 66-20
Telefax: 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de
<http://www.caritas-nrw.de>

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Monika Heinemann
Redaktion:
Rudi Löffelsend (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de
Anzeigenverkauf: Karl Markowsky
Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434



Brücken zwischen Lebenswelten

*Das Freiwilligenzentrum Mönchengladbach entwickelt Konzepte, die Brücken bauen zwischen verschiedenen Lebenswelten. Ziel ist die Förderung des Miteinanders von Diensten und Einrichtungen der Caritas mit Unternehmen.
Foto: Relations & Co.*

Gemeinsames Basteln mit Journalisten im Altenheim

Gemeinsames Basteln im Advent – das kann durchaus richtig schön werden. In Mönchengladbach trafen sich Ende letzten Jahres Journalisten des örtlichen Pressevereins und Bewohner des Caritas-Zentrums Holt zum gemeinsamen Basteln. Eine wunderbare Aktion in einer gemütlichen Atmosphäre.

Denn die Journalisten hatten Kekse mitgebracht und waren auch interessiert an Gesprächen über das Leben im Heim. Gleichzeitig nutzten die Bewohner die Gelegenheit, die Presseprofis über die Welt der Medien zu befragen. Am Ende des Nachmittags war eine Brücke zwischen zwei Lebenswelten entstanden, und alle Beteiligten waren dankbar für die Einblicke in die je andere Welt. Die Idee war schon 2008 geboren worden. Beim zehnten Mönchengladbacher Medien-Montag hatten Mitglieder des Pressevereins Mönchengladbach mit Otto Nieswand, Geschäftsführer des Caritasverbandes Mönchengladbach-Rheydt, über den Stellenwert der „guten Tat“ in den Medien gesprochen. Nieswand berichtete von der Idee des Corporate Volunteering, bei der Mitarbeiter aus Unternehmen sich freiwillig in einer sozialen Einrichtung engagieren und dabei ihre sozialen Kompetenzen erweitern können.

Aus dem Gespräch entstand eine Partnerschaft des Pressevereins mit dem Caritasverband mit Nutzen für beide Seiten. Als Erstes veranstalteten beide Partner Ende 2008 ein Candlelight-Dinner für Bewohner des Caritas-Zentrums Neuwerk. Unterstützt wurden sie vom Freiwilligenzentrum Mönchengladbach, das auch Corporate-Volunteering-Projekte konzipiert und begleitet. Eine solche Schnittstellenarbeit zwischen Unternehmen und sozialen Einrichtungen ist besonders in der Anfangsphase wichtig, wenn es darum geht, Wünsche und Zielsetzungen zu benennen und mit Projekten in einer sozialen Einrichtung zu verknüpfen. Corporate-Volunteering-Projekte können nur gelingen, wenn sich alle Seiten in ihrer Unterschiedlichkeit und Professionalität einbringen. Das gemeinsame Reflektieren ist ebenfalls wichtig.

„Eine solche Aktion ist für die älteren Menschen in unserer Einrichtung ein besonderes Ereignis, das noch lange positiv nachwirkt“, berichtete die Sozialdienstleiterin des Caritas-Zentrums Holt, Sigrid Cloerkes, anschließend. Beim Basteln der Weihnachtsdekoration für das Altenzentrum entstand schnell persönliche Nähe. Und die gute Atmosphäre wurde besiegelt durch die spontane Idee, zum Abschluss des Bastelnachmittags gemeinsam ein „Likörchen“ zu trinken. ◀ Tanja Kulig

Wohnpark „In den Auen“ erhält Qualitätssiegel



In Wassenberg gibt es Grund zum Feiern: Der Wohnpark „In den Auen“ wurde als erste Seniorenwohnanlage im gesamten Kreis Heinsberg mit dem „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen“ ausgezeichnet.

Die Auszeichnung mit dem 2004 begründeten Gütesiegel – bisher konnten in ganz NRW nur sechs Seniorenanlagen entsprechende Qualität vorweisen – ist nach der intensiven Bauphase eine wichtige und erfreuliche Bestätigung für die Bauherren und Investoren. Das Haus musste die aufwendigen Anforderungen für

das barrierefreie Bauen erfüllen. Tief hinabreichende Fenster, die auch vom Stuhl oder Bett den Blick in die schöne Natur ermöglichen, großzügige Terrassen und Badezimmer wie Durchgänge und Übergänge, die sich auch bequem mit einem Rollstuhl bewältigen lassen, sind nur einige der Dinge, die dieses Haus bestätigen. „Das Qualitätssiegel ist für uns ein tolles Lob und eine wichtige Auszeichnung“, freute sich Marion Peters, Leiterin Gesundheit und Pflege bei der Caritas, die mit ihrem Betreuungsbüro im Haus und dem 24-Stunden-Notfalldienst die Sache perfekt macht. ◀

gv

Übergabe der Qualitätssiegel-Urkunde durch den Kuratoriumsvorsitzenden Alexander Rychter (2. v. l.) an Geschäftsführer Jan Haegens (2. v. r.), links Marion Peters (Caritas), rechts Bürgermeister Manfred Winkens
Foto: von der Haar

„Kompetenzzentrale“ eingeweiht

Mit zahlreichen Gästen aus Politik, Verwaltung, Kirche, Wirtschaft und Wohlfahrt feierte der Caritasverband für die Region Kempen-Viersen nach gut eineinhalbjähriger Bauzeit die offizielle Einweihung des neuen Hauses der Caritas in Viersen. Der Neubau vereint die Verbandsgeschäftsstelle, die Caritas-Pflegestation Viersen, die Schuldner- und Insolvenzberatung, weitere Beratungsstellen, das Mehrgenerationenhaus und das Altenheim Paulus-Stift unter einem Dach.

Die Einweihungsfeier begann mit einem Gottesdienst, den Regionaldekan Johannes Quadflieg und sein Vorgänger, Pastor Alexander Schweikert, zelebrierten. „Das neue Haus der Caritas versetzt uns mit seiner zeitgemäßen Ausstattung in die Lage, Menschen in Not künftig noch besser und effektiver helfen zu können“, erläuterte der Vorsitzende des regionalen Caritasverbandes, Felix Pieroth. Mit der Verbandsgeschäftsstelle sei hier zudem eine „leistungsfähige Kompetenzzentrale“ für mehr als 30 Dienste und Einrichtungen im Kreis Viersen untergebracht. In ihnen gebe der Caritasverband Antworten auf Fragen der Gesellschaft. Das reiche von der Pflege älterer Menschen bis zur Begegnung zwischen den Generationen.

Als „Haus der großen Hilfe“ bezeichnete Geschäftsführer Peter Babinetz das neue Gebäude. Das hier geschaffene Angebot sei einzigartig im Kreis Viersen. „Der

regionale Caritasverband hat an diesem Ort sein neues Zuhause gefunden“, betonte Babinetz. Die stellvertretende Landrätin Luise Fruhen lobte, das Haus der Caritas sei „ein beeindruckendes Gebäude und eine Einrichtung, die Maßstäbe setzt“. Der Caritasverband sei nicht nur ein unentbehrlicher Partner für die Städte und Gemeinden im Kreis Viersen, sondern mit demnächst 570 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch ein großer Arbeitgeber. Für die Stadt Viersen dankte Bürgermeister Günter Thönnessen dem Caritasverband. Zur Einweihung gratulierten auch Pfarrer Christoph Kückes von der evangelischen Kirchengemeinde Viersen und Dr. Andreas Wittrahm vom Caritasverband für das Bistum Aachen. Das Gebäude sei ein „Lebenshaus“, sagte Wittrahm. ◀

Zur Einweihung des neuen Hauses der Caritas konnten Vorsitzender Felix Pieroth (2. v. r.) und Geschäftsführer Peter Babinetz (r.) vom Caritasverband für die Region Kempen-Viersen zahlreiche prominente Gäste begrüßen, darunter (v. l.) Viersens Bürgermeister Günter Thönnessen, Bundestagsabgeordneter Uwe Schummer und die stellvertretende Landrätin Luise Fruhen.
Foto: Gregor Gewey





V. l. n. r.: Ute Nebel (Dipl.-Sozialpädagogin, stationäres Hospiz), Lothar Frank (Geschäftsführer Caritasverband Düren-Jülich), Ursula Seeger (komm. Pflegedirektorin St.-Augustinus-Krankenhaus), Ass. jur. Gábor Szük (Geschäftsführer ctw), Ulrike Sievers (Caritasverband Düren-Jülich) und Franz-Josef Rehfish (1. Vorsitzender Caritasverband Düren-Jülich)

Foto: Kaya Erdem

Netzwerk „Caritascare“

Caritasverband Düren und Caritas Trägergesellschaft West stellen gemeinsames Netzwerk zur Pflegeberatung vor

„Ein integratives Versorgungszentrum zur flächendeckenden Umsetzung der ambulanten und stationären palliativmedizinischen und palliativpflegerischen Versorgung im Kreis Düren ist unser gemeinsames Ziel“, erklärt Projektkoordinatorin Ursula Seeger die Zusammenarbeit von Caritas Trägergesellschaft West und Caritasverband für die Region Düren-Jülich. „Der Bedarf an medizinischer und pflegerischer Behandlung, Betreuung und menschlicher Fürsorge am Lebensende ist gestiegen und wird es noch weiter tun“, sagt Seeger.

Erstmals arbeiten diese großen sozialen Einrichtungen im Kreis Düren zusammen und bündeln ihre langjährigen Erfahrungen für Menschen, die am Ende ihres Lebens professionelle Hilfe und Unterstützung brauchen. Gemeinsam wollen sie ein abgestimmtes Zusammenwirken ärztlicher, pflegerischer, psychosozialer und seelsorgerischer Betreuung und Behandlung sicherstellen. Durch den ganzheitlichen Versorgungsansatz soll die Lebensqualität für hochaltrige Menschen erhalten oder wiederhergestellt werden. Alle Netzwerkpartner helfen

den Patienten, möglichst ohne Schmerzen und ohne belastende Beschwerden zu leben. Das stationäre Hospiz am St.-Augustinus-Krankenhaus, die Caritas-Pflegestationen und der ambulante Caritas-Hospizdienst haben dazu auch ein Beratungstelefon eingerichtet. Hier besteht vor allem in akuten Palliativnotfällen die Möglichkeit, 24 Stunden am Tag Hilfe zu bekommen. Unter der Telefonnummer 0 24 21 / 5 99-8 07 ist seit April eine ausgebildete Fachkraft rund um die Uhr für alle Anfragen erreichbar. Dienstleister, Apotheken und Sanitätshäuser unterstützen dieses Angebot. Bei Bedarf wird sofort der Kontakt zu spezialisierten Palliativärzten und Pflegediensten hergestellt, ein Platz auf einer Palliativstation oder in einem stationären Hospiz bereitgestellt. Auch Ehrenamtliche sind eingebunden.

Thomas Rachel, parlamentarischer Staatssekretär und Bundestagsabgeordneter für den Kreis Düren, hat sich als Botschafter für „Caritascare“ zur Verfügung gestellt: „Wir schaffen mit ‚Caritascare‘ ein Angebot, das den Kreis Düren bereichert. Die Würde des Menschen umfasst auch das Recht, in Würde zu sterben“, sagte er. ◀

Kaya Erdem

Ehrungen

Das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 18. 11. 2009: **Gabriele Birkenhauer**, Caritasverband für die Regionen Mönchengladbach-Rheydt e.V.; am 30. 11. 2009: **Marlene Meerts, Eva Stoffers**, kath. Pfarrgemeinde St. Mariä Himmelfahrt, Brüggen-Bracht; am 4. 12. 2009: **Gertrud Mahlberg**, Caritasverband für die Region Düren-Jülich e.V.; am 9. 12. 2009: **Angela Justus**, kath. Kirchengemeinde St. Michael, Aachen; **Ursula Basteck, Brigitte von den Driesch, Ursula Eutenauer, Birgit Rölz, Sr. Susanne Maria Tuschhoff**, Marienhospital, Aachen; am 10. 12. 2009: **Resi Behlau, Ellen Broich, Bärbel Goblet, Margret Paul**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.; am 18. 12. 2009: **Enza Gross, Bartholomeus Korn**, Caritasverband für die Region Düren-Jülich e.V.

Das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 15. 11. 2009: **Sr. M. Adelheid Achten, Sr. M. Friedburg Hühmer, Sr. M. Bernaditta Ingendahl, Sr. M. Thecla Rolles**, St. Annenhof, Kempen; am 26. 11. 2009: **Ursula Wilrich**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.; am 30. 11. 2009: **Anita Tiskens**, kath. Pfarrgemeinde St. Mariä Himmelfahrt, Brüggen-Bracht; am 9. 12. 2009: **Marlitt Brauweiler**, Caritasverband für die Region Düren-Jülich e.V.; am 10. 12. 2009: **Anna-Maria Blatzheim-Rifisch, Monika Conzen, Brigitte Emons, Lucia Graafen, Michaela Kämmerling, Anita Plohm, Roswitha Reuter, Gudrun Schröder, Beate Wienands-Taxhet**, St.-Antonius-Hospital, Eschweiler; **Josi Limburg**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.; am 16. 12. 2009: **Gertrud Lennartz, Isabella Thönissen**, kath. Pfarrgemeinde St. Hubertus, Heinsberg-Kirchhoven.

„Haus Hildwein“ heißt jetzt „Aegidiushaus“

Seit 40 Jahren finden nicht nur ältere Menschen Aufnahme im gerontopsychiatrischen Altenwohn- und Pflegeheim „Haus Hildwein“ in Blankenheim-Waldorf, sondern auch Personen, die wegen Suchterkrankungen und Psychosen nicht mehr allein zu Hause leben können.

Vor einem Jahr hatte der „Rheinische Verein für Katholische Arbeiterkolonien“ die Einrichtung übernommen. Jetzt wurde das Haus in Aegidiushaus umbenannt. Die Namensgebung wurde bei einem Gottesdienst in der Dorfkapelle und einem anschließenden Empfang im Aegidiushaus gefeiert. Blankenheims Bürgermeister



Rolf Hartmann überbrachte die Glück- und Segenswünsche der Gemeinde und lobte die segensreiche Arbeit, die schon über Jahre hinweg geleistet wird. Das Aegidiushaus liegt in der Dorfmitte von Waldorf und bietet 42 Menschen Platz. Die Bewohner finden dort eine ihrem Krankheitsbild angemessene Pflege sowie Beschäftigungs-, Freizeit- und Beratungsangebote. Dazu gehören auch regelmäßige Kreativangebote, Gymnastik, Singkreise, gemeinsame Feiern, Ausflugsfahrten, Einkaufsfahrten, Gesprächskreise und Einzelgespräche. Besonders gefördert wurden vorhandene soziale Kontakte zu Angehörigen oder Bekannten, wie Einrichtungsleiterin Dorothee Esser sagt. ◀ Gerd Schnitzler

*Am Tag der Namensgebungsfeier vor dem Aegidiushaus (v. l. n. r.): Pfarrer Hans-Peter Meuser, der Geschäftsführer des Rheinischen Vereins, Gerold König, Einrichtungsleiterin Dorothee Esser, Blankenheims Bürgermeister Rolf Hartmann und vom Vorstand des Rheinischen Vereins Prof. Peter Boskamp
Foto: Gerd Schnitzler*

Modellprojekt hospizliche Begleitung

Der Caritasverband für das Bistum Aachen hat ein Modellprojekt ins Leben gerufen, um die hospizliche und palliative Begleitung Sterbender zu intensivieren. Neun Altenheime der Caritas haben sich dem Projekt angeschlossen, das etwa eineinhalb Jahre dauern soll. Begleitet wird es von Beatrix Hillermann und Veronika Schönhofer-Nellessen, die seit Jahren in dem Bereich tätig sind.

Die Implementierung einer hospizlichen und palliativen Kultur in einem Altenheim ist ein dauerhafter Prozess. Er bedarf auf allen Ebenen des Altenheims der Bewusstmachung und Haltung zu Leben, Sterben, Tod und Trauer. Das gelingt, wenn sich auch die Leitungsverantwortlichen damit persönlich auseinandersetzen. Aus diesem Grund war eine dreitägige Seminar-Teilnahme der Heimleitungen, Pflegedienstleitungen, Sozialdienstleitungen und der hauswirtschaftlichen Leitungen Voraussetzung für die Projektteilnahme – mit positiver Resonanz.

Weiter geht es nun mit kleinen Schritten, die auf der Tradition der einzelnen Häuser basieren. Gestaltet werden sollen beispielsweise „Zeit-Räume“ für die Trauer der Bewohner und Mitarbeiter. Mitarbeitern, die eine Ster-

Marc Inderfurth neuer Geschäftsführer

Marc Inderfurth (42) ist seit Anfang Februar neuer Geschäftsführer der Caritas Lebenswelten (CLW). Der Diplom-Sozialarbeiter und Verwaltungsbetriebswirt stammt vom Niederrhein und arbeitete zunächst in der Seniorenhaus GmbH der Cellitinnen zur hl. Maria in Köln. Von dort kam er zu den Caritas Lebenswelten nach Aachen. Diesem Trägerverbund gehören 20 Einrichtungen aus der Behindertenhilfe an.

Foto: Gerd Schnitzler



bebegleitung durchführen, soll eine besondere Weise der Psychohygiene angeboten werden. Ziel ist auch, die häufig hohe Motivation von Mitarbeitern, sich mit dem Thema Sterbebegleitung zu beschäftigen, zu nutzen. ◀ Jürgen Spicher

*Die Projektgruppe „Hospizliche und palliative Zukunft“
Foto: Veronika Schönhofer-Nellessen*



Mitarbeiter sortieren
Spenden in einem
Caritas-Tafelladen.
Foto: Westbeld

„Wat is denn Chicorée?“

Helfen zwischen Barmherzigkeit und Hilfe zur Selbsthilfe

Das Thema ist caritas- und daueraktuell, so auch jetzt wieder beim „5. Studientag Caritas und Pastoral“: menschenwürdiges Helfen zwischen Barmherzigkeit und Hilfe zur Selbsthilfe. Oder anders formuliert: „Aktivieren oder satt machen?“ Die Frage dabei: Reicht es, Menschen kurzfristig zu helfen, oder ist es besser, sie zu befähigen, sich selbst zu helfen?

Der Direktor der Caritas Gelsenkirchen, Peter Spannenknecht, bringt es am Beispiel der Tafeln auf den Punkt: „Diese Geschichte ist keine Erfolgsgeschichte, jedenfalls nicht für dieses Land. Ehrenamtliches Engagement ist gut und wichtig, aber gesellschaftspolitisch ist es ein Skandal, dass wir, die Wohlfahrtsverbände, immer mehr Angebote schaffen müssen für Benachteiligte. Wir als Caritas sind gefordert, uns politisch einzumischen, auf der anderen Seite aber auch die Betroffenen würdevoll zu bedienen.“

In die richtige Richtung führten, so Spannenknecht, Angebote, die Helfen und Beraten verbinden. Das könne die Organisation eines gemeinsamen Kochkurses sein, der mit Beratung kombiniert werde, wie Haushaltsgeld sinnvoll eingesetzt werden könne. Sinnvoll seien Initiativen, die vor Ort stattfänden, Betroffene und Ehrenamtliche einbänden und von professionellen

Caritas-Mitarbeitern begleitet würden. Im Mittelpunkt stehe immer die Hilfe zur Selbsthilfe. Kritisch bewertet Spannenknecht, dass viele Angebote an den Möglichkeiten der Betroffenen vorbeigehen. Mit Blick auf die Tafeln zitiert er den Ausspruch einer Tafelbesucherin: „Wat is denn Chicorée? Kenn ich nicht.“ „Wir“, so der Direktor, „müssen unsere Arbeit immer wieder selbstkritisch betrachten: Leisten wir einen echten Beitrag zur Selbsthilfe oder eher einen Beitrag, Zustände zu stabilisieren, die wir als Caritas so nicht gutheißen können?“ Hans-Ulrich Neikes, Propst von Oberhausen-Osterfeld, plädiert für mehr Kreativität: „Viele Pfarreien haben den Kontakt zu den Armen verloren. Wir müssen neue Wege der Kontaktaufnahme suchen.“ Dabei sind die Caritas-Gruppen in den Gemeinden wichtig. Aber hier gibt es zum Teil ein echtes Generationsproblem, oder die Menschen leben in unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten. Neikes: „Wie sollen fast 80-jährige Damen aus gut situierten Verhältnissen junge, alleinerziehende Hartz-IV-Empfängerinnen beraten und motivieren?“ Monika Mehring von der Caritas Bochum merkt an: „Das Problem ist an vielen Orten die Schließung von Pfarrheimen; die Menschen müssen zu weit fahren oder gehen, um an Hilfe zu kommen. Wie bekommen wir die Hilfesuchenden in unsere Gemeinden? Es geht um

gemeinsame Aktionen, Kleiderkammer kombiniert mit Beratung.“ Auch müsse immer wieder gefragt werden, was die Arbeit der Caritas denn nun bringe. „Ist es sinnvoll, wenn mehrere Generationen von Hilfesuchenden ‚caritasabhängig‘ sind? Die ‚betüdelnde‘ Sozialarbeit ändert meist nichts an der Situation der Menschen“, so ein Teilnehmer.

In seinem Abschlussplädoyer verweist der Direktor der Ruhrcaritas, Andreas Meiwes, auf die Befähigungsinitiative des Deutschen Caritasverbandes, die genau diese Hilfe zur Selbsthilfe im Blick hat. Und er nennt das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Hartz-IV-Sätzen, das auch auf die Interventionen der Caritas zurückzuführen sei. Politische Wirksamkeit sei aber nicht mit Lautstärke zu verwechseln. ◀ cg



Engagierte Podiumsdiskussion: Norbert Lepping, Generalvikariat Essen, Peter Spannenkrebs, Direktor der Caritas Gelsenkirchen, Giesela Gallon, SkF Essener Tafel e. V., Diakon Rainer Könen (verdeckt), Pastor Dr. Meinolf Demmel und Weihbischof Franz Vorrath

Foto: Christoph Grätz

Zwei Projekte in Haiti

Hilfe hat direkten Bezug zum Ruhrbistum

„Auf alle Fälle sechsstellig“, sagt Rudi Löffelsend, scheidender Leiter der Auslandshilfe bei der Caritas im Bistum Essen, und ist erst einmal zufrieden. Was er meint, ist die Zwischenbilanz der Spenden für Haiti. Dabei konzentriert sich die Ruhrcaritas derzeit auf zwei Projekte.

Die Ruhrcaritas hilft dem Orden der Kamillianer, die ein kleines Krankenhaus in Port-au-Prince betreiben, das nicht zerstört wurde und jetzt absolut überfüllt ist. Hier geht es um die Beschaffung von medizinischem Material, Ausstattung und Versorgung in der ersten Phase. Aus mehreren Ländern sind Fachleute und Helfer neben der einheimischen „Mannschaft“ eingetroffen, die im OP-Bereich und im Pflegebereich anpacken. Unterstützt wird auch ein großes Schul- und Sozialzentrum der Salesianer Don Boscos ebenfalls in der Hauptstadt. Dies wurde vollständig zerstört, 500 Kinder verloren dort ihr Leben. Jetzt sind hier unter freiem Himmel mindestens 3 500 Menschen notdürftig untergebracht, darunter 560 Waisenkinder. All diese Menschen müssen versorgt werden; die Salesianer-Patres leben mitten unter ihnen, auch sie haben alles verloren. Sie helfen, so gut es geht. Der Unterricht hat wieder begonnen, erst einmal unter freiem Himmel: Normalität schaffen, so gut wie möglich. Und für Jugendliche sollen Schnellkurse für das Maurerhandwerk entstehen.



Die katholische Kirche mit ihren Pfarreien, Ordensgemeinschaften und der Caritas Haiti ist schon lange auf der Karibikinsel tätig, verstärkt durch das große internationale Caritas-Netzwerk. Struktur und Basis braucht sie nicht erst mühsam aufbauen, es ist alles schon da. Was benötigt wird, sind Materialien zur Versorgung und Behandlung der Menschen und zum schnellen Wiederaufbau.

Ruhrbischof Dr. Franz-Josef Overbeck hat in Abstimmung mit Adveniat und der Caritas im Ruhrbistum darum gebeten, die Gelder für Projekte einzusetzen, die einen Bezug zu Essen haben. Die Kamillianer sitzen in Essen mit ihrem Provinzialat im Kamillushaus, die Salesianer Don Boscos in Essen-Borbeck mit Schule, Jugendzentrum und vielem anderen. ◀

Die Zerstörung ist gewaltig, aber Kirche und Caritas sind präsent.

*Fotos: Caritas international
www.caritas-international.de*

Weitere Mittel werden unbedingt benötigt, die Not ist groß. Spenden bitte auf das Konto 14 400 bei der Bank im Bistum Essen, BLZ: 360 602 95, Stichwort: Haiti



Ausbildung zum Motopäden

Das Franz-Sales-Berufskolleg bietet erstmals eine Ausbildung zum/zur staatlich anerkannten Motopäden/Motopädin an. Die Ausbildung startet im Sommer.

Infos:
Tel. 02 01 / 27 69-5 01,
E-Mail: berufskolleg@franz-sales-haus.de
sowie unter
www.franz-sales-haus.de

Möglich wurde die Einführung dieses neuen Ausbildungsgangs durch die Kooperation des Berufskollegs mit dem 2009 eröffneten Sportzentrum Ruhr des Franz-Sales-Hauses. Mit der psychomotorischen Bewegungslandschaft, der Gymnastik- und der Mehrzwecksporthalle sowie einem Lehrschwimmbecken mit Hubboden werden modernste Standards psychomotorischer Förderangebote erfüllt. Wer die Ausbildung absolviert, entscheidet sich für eine Ausbildung mit hohem Praxisbezug und einem Schwer-



Foto: Caritas

punkt auf der psychomotorischen Förderung von Menschen mit Behinderung und von Behinderung bedrohter Menschen aller Altersstufen. „Neben den klassischen Arbeitsfeldern der Psychomotorik bedeutet dies eine ausdrückliche Ausrichtung auf Handlungsbereiche der Alten- und Behindertenassistenten“, erklärt Bernd Lastering, Schulleiter des Franz-Sales-Berufskollegs. ◀

Aids: Wer will helfen?

Die Caritas-Aidsberatung in Essen sucht erneut ehrenamtliche Mitarbeiter

Sie bietet für Menschen mit HIV und Aids Beratung, Betreuung und ambulant betreutes Wohnen. Ganz wichtig sind auch die alltäglichen Dinge wie Spiele oder Gespräche bei allen Anliegen im Zusammenhang mit

Infektion und Erkrankung. Diese Angebote gelten auch für Angehörige, Partner/-innen und alle den Betroffenen nahestehenden Menschen. ◀

Infos: Caritasverband für die Stadt Essen, Caritas-Aidsberatung, Barbara Zickgraf, Tel. 02 01 / 3 20 03 25, E-Mail: b.zickgraf@caritas-e.de



Caritas-Telegramm

Bottrop. Das Projekt ZArbO (Zentrum zur Arbeitsorientierung) arbeitet jetzt auch gebrauchte Fahrräder auf, die von der Bottroper Bevölkerung gespendet werden. Ebenso Räder, die beim Fundbüro nicht abgeholt und nicht versteigert wurden. Wurde ordentlich gearbeitet, gibt's von der Verkehrswacht das Prüfsiegel. Im Projekt sind 25 Bezieher von Arbeitslosengeld II tätig, deren Arbeitsfähigkeit durch multiple Vermittlungshemmnisse beeinträchtigt ist. Sie werden von drei hauptamtlichen Kräften (Sozialarbeiterin, Ergotherapeut und Tischler) begleitet.

Foto: Caritas

Bochum. 40 „Begrüßungspakete“ hat der Inner-Wheel-Club Bochum jetzt dem Frauenhaus überreicht. Die Päckchen beinhalten Kosmetikartikel, mit denen die Frauen die ersten Tage in der Einrichtung überbrücken können.

Duisburg. Im letzten Halbjahr 2009 wurden 30 „EnergieSparHelfer“ theoretisch und praktisch geschult, um anschließend Duisburger Transferhaushalte (d. h. Haushalte, die Arbeitslosengeld II bzw. „Hartz IV“ oder Sozialhilfe zum Lebensunterhalt beziehen) aufzusuchen und diesen bei der Reduzierung von Strom-, Wasser- und Wärmeverbrauch im Alltag zu helfen.



Deichmann hilft Albanien

Durch schnelle Schneeschmelze, anhaltenden Regen und die (notwendige) Öffnung von Staumauern sind in Nord-Albanien einige flachere Regionen überschwemmt worden.

Wer weiterhelfen möchte:

Konto 14 400,

Bank im Bistum Essen,

BLZ 360 602 95,

„Hochwasser Albanien“

Nach Angaben der einheimischen Caritas verloren bis zu 100 000 Menschen ihr Zuhause. Schnelle Hilfe ist notwendig, es fehlt an Saatgut, Viehfutter, daneben Wasserpumpen, Öfen, Heizmaterial sowie Desinfekti-

onsmitteln. Mit 50 000 Euro hat die Dr.-Heinz-Horst-Deichmann-Stiftung aus Essen der Caritas Albanien geholfen, um mit der größten Not fertigzuwerden. Zudem hat die Firma Deichmann auch Tausende Schuhe zur Verfügung gestellt. Vor Ort ist seit Jahren die deutsche Ordensschwester Maria Christina Färber als Caritas-Projektleiterin tätig, die jetzt die Hilfen koordiniert. ◀

Menschen in der Caritas

Die Ruhrcaritas trauert um **Dr. Hans Georg Franke** (74), den langjährigen ehemaligen Vorsitzenden der Bochumer Caritas. Caritasdirektor **Ulrich Kemner** würdigte in einem Nachruf die Verdienste des Verstorbenen und hob dabei hervor, dass Franke über den beispiellosen Zeitraum von 35 Jahren den katholischen Wohlfahrtsverband an entscheidender Stelle ehrenamtlich mitgeprägt hat: „Mit großem Sachverstand, persönlichem Engagement und starker Gestaltungskraft hat er viele Initiativen und Dienste der Caritas in Bochum als Vorsitzender mitverantwortet und begleitet. Wir werden seine Persönlichkeit und seinen glaubwürdigen Einsatz in Erinnerung behalten.“ Der Träger des Ehrenrings der Stadt Bochum vertrat die Caritas auf verschiedenen sozialpolitischen Feldern. So engagierte er sich u. a. als Mitglied im Gesundheits- und Sozialausschuss des Rates der Stadt. Für das Hospiz St. Hildegard war er in der Gesellschafterversammlung des Trägers verantwortlich tätig. R. I. P.

unserer unvergessenen Schwester Gerhardis die entscheidenden Schritte bis zur Gründung der Theresia-Albers-Stiftung 1995 gestaltet und vorangetrieben hat. Sie waren nicht nur 14 Jahre der Vorsitzende des Vorstands dieser Stiftung, nein, Sie sind einer ihrer Architekten.“

Im Alter von 95 Jahren ist der langjährige Regens des Essener Priesterseminars, **Prälat Dr. Paul Aufderbeck**, verstorben. Mit Gründung des Ruhrbistums übertrug ihm der erste Bischof von Essen, **Franz Hengsbach**, die Verantwortung für die Priesterausbildung. Das Priesterseminar Essen-Werden leitete Aufderbeck bis 1970. Ein Jahr darauf ernannte ihn Hengsbach zum Domkapitular. Zudem war er verantwortlich für die Ordensseelsorge im Bistum Essen und bis 1996 Seelsorger und Begleiter von alten und kranken Priestern im Ruhrbistum. Die Caritas im Ruhrbistum verdankt Aufderbeck viel, besonders in der Osteuropa-Hilfe. Seine Kontakte schon während der kommunistischen Zeit bereiteten das Feld für die Hilfen aus dem Ruhrbistum nach der Wende. R. I. P. *id*



Wilfried Lanfermann ist aus den Gremien der „Theresia-Albers-Stiftung“ in Hattingen-Bredenscheid und dem „Marienheim Essen-Überruhr“ verabschiedet worden. Ruhrbischof **Dr. Franz-Josef Overbeck** verlieh ihm als Dank und Anerkennung das von **Franz Kardinal Hengsbach** gestiftete Ehrenzeichen des Bistums Essen. Auch **Meinof Roth**, Stiftungsdirektor, dankte Lanfermann: „Mit Ihnen verabschiedet sich nicht nur ein Akteur der ersten Stunde, sondern derjenige, der neben

Ute Gibbels ist neue Geschäftsführerin der Heimstatt Engelbert, einer Einrichtung für Jugendhilfe und Behinderte im Essener Norden. Sie löste Anfang des Jahres **Clemens Telgenbrok** ab.



Foto: Martin Engelbrecht



*Viel Spaß bei ihrem ehrenamtlichen Engagement für die Caritas hatten Mitarbeiterinnen der H. J. Heinz GmbH.
Foto: Robert Boecker*

Ketchup und Caritas

H. J. Heinz GmbH und Diözesan-Caritasverband Köln starten Kooperation

Es ist mehr als die Farbe Rot, was der Düsseldorfer Ketchuphersteller H. J. Heinz GmbH und die Caritas gemeinsam haben. Beide Institutionen wollen zukünftig soziale Projekte umsetzen. Ein erster Auftakt dieser Kooperation fand in Köln statt: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der H. J. Heinz GmbH renovierten den Arbeitsraum des Jugendhilfeträgers IN VIA im Gebäude des Kölner Diözesanverbandes.

Für die Zukunft sind zahlreiche weitere Projekte im sozialen Bereich geplant, bei denen sich Heinz-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter einen Tag lang in Einrichtungen der Caritas ehrenamtlich engagieren, um Einblicke in und Verständnis für andere Lebenswelten zu gewinnen. So sind die Mitarbeit in einem Treff für wohnungslose Menschen und in einer Bahnhofsmision, aber auch Engagement in Form von Begleitung und Hilfestellung für alte Menschen und Behinderte sowie verschiede-

ne Patenschaften geplant. H.-J.-Heinz-Geschäftsführer Jens Platchetka: „Für Heinz gehört Nachhaltigkeit zum Selbstverständnis. Wir stellen uns der unternehmerischen Verantwortung, indem wir ökologische und soziale Gesichtspunkte in unser Handeln einbeziehen.“ „Von der Kooperation profitieren alle Seiten“, betonte auch Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel bei der Auftaktveranstaltung. „Die freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind motivierter und identifizieren sich mehr mit dem Betrieb. Es stärkt die soziale Kompetenz und verbindet mit der Region.“ Der Diözesan-Caritasverband unterhält bereits soziale Kooperationen mit ausgesuchten Unternehmen, so mit der Ford-Werke AG und der RheinEnergie AG. Ansprechpartner beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. ist Bernhard Suda, Tel. 02 21 / 20 10-2 32, bernhard.suda@caritasnet.de. ◀

Dagmar Gabrio / Alfred Hovestädt

Hilfe für Gewaltopfer im Internet

Anonyme Beratung per E-Mail

Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt sind und sich noch keiner Beratungsstelle anvertrauen möchten, finden auf der Internetseite www.gewalt-los.de einfach und unbürokratisch Hilfe. Hier können sie sich anonym per E-Mail beraten lassen und im Chat und Forum Rat und Unterstützung holen. Darüber hinaus vermittelt die Seite einen Überblick über Formen der Gewalt und die geltende Rechtslage. Aufgebaut und getragen wird die Seite von allen neun Ortsvereinen des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) im Erzbistum Köln. Seit einiger Zeit beteiligen sich auch die SkF-Ortsvereine Mönchengladbach und Cloppenburg, die darin eine wirksame Ergänzung ihrer Gewaltschutz-

arbeit sehen. Neben zwei hauptamtlichen Mitarbeiterinnen, die Forum und Chat betreuen und per E-Mail beraten, arbeiten auch geschulte Ehrenamtliche bei www.gewalt-los.de.

Darüber hinaus beteiligt sich der SkF e.V. Köln am „Kölner Netzwerk gegen häusliche Gewalt“, das mit der Internetseite www.koelner-hilfe-bei-gewalt.de einen weiteren Weg zu vorhandenen Hilfen aufzeigt. Besonderheit der Kölner Internetseite: Alle Informationen sind auf Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch, Russisch, Serbokroatisch und Türkisch hinterlegt. ◀



Neues Hospiz-Konzept

Die Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft (CBT) führt in ihren 14 Pflegeeinrichtungen im Erzbistum Köln ein neues Hospiz-Konzept ein.

Maria Dünnwald, Leiterin von zwei Wohnhäusern, betonte bei der Vorstellung, dass die CBT in ihren Einrichtungen die Verantwortung dafür übernimmt, dass die alten Menschen möglichst schmerzfrei und liebevoll betreut in ihrer vertrauten Umgebung leben und sterben können. Das neue Konzept, die sogenannte integrierte

Sterbebegleitung, wird durch die folgenden Bausteine gewährleistet: gezielte Fortbildung der Mitarbeitenden und die Kooperation von Ehrenamtlichen, Ärzten, Seelsorgern, Angehörigen und Bestattern.

Wie immens wichtig die Beschäftigung mit der Lebens- und Sterbebegleitung alter und oft schwerstkranker Menschen ist, zeigt sich schon daran, dass in den beiden von Dünnwald geleiteten Wohnhäusern zurzeit insgesamt 309 Bewohner hochbetagt sind. Damit komme der integrierten Hospizarbeit steigende Bedeutung zu. Maria Dünnwald: „Wir müssen den Mut haben, neue Wege zu beschreiten, statt auf Lösungen von Politik und Gesellschaft zu warten.“ ◀

Ehrungen

Goldene Ehrennadeln erhielten: **Anne-Kathrin Weiß** für mehr als drei Jahrzehnte Engagement im CJG-St.-Josefshaus in Reichshof-Eckenhagen; **Günter Offermann** für 30 Jahre engagierte Mitarbeit im CJG-Hermann-Josefs-Haus in Bonn-Bad Godesberg; **Erika Weiß** und **Gabriele Gielsdorf-Sperling** für über 30 Jahre Tätigkeit im CJG-Haus St. Gereon in Bergheim-Zieverich; **Christel Steinbach** für langjährige engagierte Mitgliedschaft im Kreuzbund Wuppertal; **Meta Kreuter** und **Erika Zimmer** für viele Jahre Tätigkeit in der Pfarrcaritas der Pfarrgemeinde St. Cäcilia, Bonn-Oberkassel; **Veronika Grüner** und **Mareile Schaumburg-von Winterfeld** für langjährige Tätigkeit in der Fachklinik Gut Zissendorf in Hennef; **Maristella**

Angioni, Stefanie Weißmann für über 25-jährige Mitarbeit im Caritasverband für die Stadt Köln; **Margarete Recht** für langjährige ehrenamtliche Mitarbeit in der Pfarrgemeinde St. Franziskus in Köln-Bilderstöckchen/Nippes; **Helene Krause, Martina Nowacki, Sabine Richter** für langjährige Mitarbeit im Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln; **Brunhilde Herkenrath, Ursula Pistorius, Hilde Schwellenbach, Walter Thelen, Elisabeth Timmerkamp, Hermann Wagner** für über 25 Jahre Mitarbeit im CJG-Jugendhilfezentrum St. Ansgar in Hennef-Happerschoß; **Elisabeth Pilger** und **Liesel van Deenen** für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der katholischen Pfarrgemeinde St. Maria Magdalena und Christi Auferstehung in Bonn; **Agnes Dean, Halina Falkowska-Hein, Jürgen Hartmann, Rosa Thewissen** für 25-jährige Mitarbeit im St.-Vincenz-Haus, Köln.



Freude bei der Vorstellung der Caritas-Kampagne 2010 „Experten fürs Leben“ in Hürth hatten (v. l.) Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel, der Heimbeiratsvorsitzende Heinz Kawczynski und Kreiscaritasdirektor Arnold Biciste.

Foto: Barbara Albers

„Wissen und Erfahrung“

Caritas-Kampagne 2010 stellt Bedürfnisse und Potenziale alter Menschen in den Mittelpunkt

Ein langes und erfülltes Leben wünscht sich jeder – zunehmend alt werden möchte niemand. Die Medien berichten häufig über das Alter, dabei stehen allerdings nicht selten eher die Probleme im Vordergrund. Mit ihrer neuen Jahreskampagne 2010 „Experten fürs Leben“ möchte die Caritas auf die Bedürfnisse und Nöte, aber auch auf die Potenziale alter Menschen aufmerksam machen.

www.Experten-fuers-Leben.de Vorgestellt wurde die neue Kampagne in Hürth vom Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln, Dr. Frank Johannes Hensel, und vom Caritasdirektor für den Rhein-Erft-Kreis, Arnold Biciste. „Wir wollen

alte Menschen in ein anderes Licht rücken und den Blick dafür schärfen, dass sie in vielfältigen Lebenssituationen Experten sind“, beschrieb Hensel die Ziele der „Experten“-Kampagne. „Ihr umfassendes Wissen und ihr Erfahrungsreichtum sind ein Schatz für die Gemeinschaft, der nicht länger ungenutzt bleiben soll.“ So soll mit der Kampagne beispielsweise der Austausch zwischen den Generationen gefördert werden. Wie so etwas gestaltet werden kann, davon erzählte der 84-jährige Heimbeiratsvorsitzende Heinz Kawczynski, der im Caritas-Alten- und Pflegeheim St. Martinus in Elsdorf Gesprächskreise ins Leben gerufen hat.

Die Experten für Liebeskummer, Lebensfreude etc. werden auf Plakaten, Postkarten sowie mit Kino- und Hörfunkspots vorgestellt. Sympathisch und lebendig bieten die Senioren ihr Können im Austausch für Hilfeleistungen im Alltag wie Rollstuhlschieben oder Briefeschreiben. Bei allen abgebildeten Expertinnen und Experten handelt es sich übrigens um echte Bewohner von Caritas-Altenheimen und nicht etwa um Seniorenmodels. ◀

Ausgezeichnet!

Integrationsförderpreis für Sprachförderprogramm „Keiner ist so schlau wie ich“

Sprachförderung ist ein wichtiger Schwerpunkt der Bildungsarbeit in katholischen Tageseinrichtungen für Kinder. Deshalb starteten der Diözesan-Caritasverband und die Hauptabteilung Bildung und Medien im Erzbistum Köln ein Pilotprojekt.

Das von Prof. Dr. Edeltrud Marx von der Katholischen Hochschule NRW und Prof. Dr. Karl Josef Klauer von der RWTH Aachen entwickelte Denk- und Sprachförderprogramm „Keiner ist so schlau wie ich“ wurde jetzt mit dem Integrationsförderpreis der Dr.-Hermann-Schmitt-Vockenhausen-Stiftung ausgezeichnet. Den mit 10 000 Euro dotierten Preis verleiht die Stiftung in regelmäßigen Abständen für herausragende Integrationskonzepte zur Förderung von Kindern mit



Migrationshintergrund. „Keiner ist so schlau wie ich“ ist kindgerecht und einfach anzuwenden. Mit ihm können nicht nur Fachkräfte, sondern auch engagierte Ehrenamtliche und Eltern mit einzelnen Kindern oder in kleinen Gruppen spielerisch die deutsche Sprache üben. In einer Kooperation des Diözesan-Caritasverbandes und der Hauptabteilung Bildung und Medien im Erzbistum Köln wurden bereits 2008 mehrere Hundert Erzieherinnen in das Programm und

seine entwicklungspsychologischen Hintergründe eingeführt. Im vergangenen Jahr folgten darüber hinaus in einem vom Diözesan-Caritasverband und von der Deutschen Bank geförderten Projekt Hunderte Erzieherinnen, die auf die Förderung von rund 5 000 Kindern vorbereitet wurden. ◀

www.katholische-kindergaerten.de



Kinderrechte-Preis „Justine“

Zum zweiten Mal vergibt der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. den Kinderrechte-Preis „Justine“. Teilnehmen können Kinder- und Jugendgruppen aus dem Erzbistum Köln. Bewerbungsschluss ist der 16. Juli 2010.

Die Jury besteht aus Dompropst Dr. Norbert Feldhoff, der den Vorsitz führt, vier Jugendlichen und zwei Er-

wachsenen, die sich für Kinderrechte engagieren. Jede teilnehmende Gruppe erhält eine Urkunde und ein Buchgeschenk. Drei Einsendungen werden besonders prämiert. Es gibt Sachpreise im Wert von 1 000 Euro für den ersten Platz, 750 Euro für den zweiten Platz und 500 Euro für den dritten Platz. ◀

Weitere Informationen unter www.kinderrechte-caritasnet.de

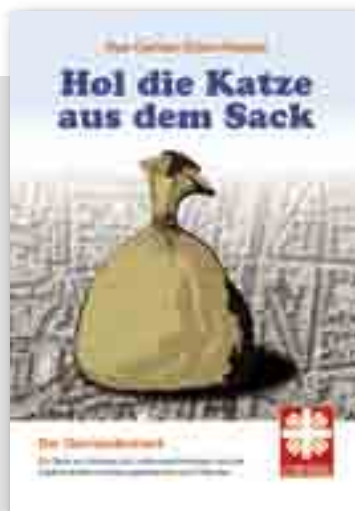


Caritas-Telegramm

Köln. Am Samstag, dem 5. Juni 2010, heißt es wieder: „kirche.läuft“ für Verbände, Einrichtungen und Dienste der Caritas sowie für Interessierte. Zum zweiten Mal findet der Lauf im Kölner RheinEnergie-Stadion statt. Nach einer Andacht zur Einstimmung auf den Tag folgen Läufe in sechs verschiedenen Disziplinen, begleitet von Live-Musik, Bühnenprogramm, Kinderanimation. Der Diözesan-Caritasverband gehört zu den Mitveranstaltern des Laufes. www.kirche-laeuft.de

Wuppertal. Einen neuen Standort hat jetzt die Jugendschutzstelle der Wuppertaler Caritas. Die koedukative Einrichtung, die zehn Plätze für Jungen und Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren bietet, befindet sich jetzt in einem denkmalgeschützten Haus in zentraler Lage, das umgebaut und jugendgerecht eingerichtet wurde. Der Verbleib der Jugendlichen, die sich in einer akuten Krise selbst melden oder von der Polizei aufgegriffen werden, ist in der Jugendschutzstelle auf wenige Wochen beschränkt. Ziel der Inobhutnahme ist es, gemeinsam mit den Jugendlichen und dem Jugendamt eine dauerhafte Perspektive für die Zukunft zu finden.

Köln. „Hol die Katze aus dem Sack“ heißt das neue Zukunfts-Plan-spiel, das der Diözesan-Caritasverband Köln für den Gemeindecheck



zur Situation der Caritas in den Seelsorgebereichen entwickelt hat.

Weitere Informationen: Klaus Fengler, Tel. 02 21 / 20 10-1 32 oder Bruno Schrage, Tel. 02 21 / 20 10-1 84

Köln. Ein Caritas-Zentrum wurde jetzt im Kölner Stadtteil Ehrenfeld eröffnet. Das neue Zentrum bündelt Dienstleistungen wohnortnah und vernetzt in verschiedenen Lebenssituationen. An dem zentralen

Standort bieten unter einem Dach die Caritas-Sozialstation, die Seniorenberatung, die Nachbarschaftshilfen Kölsch Hätz, das Betreute Wohnen für Menschen mit Behinderung und Angebote aus der Beschäftigungshilfe ihre Dienste an. Schwerpunkte liegen in der Beratung, der Vermittlung von Freizeit- und Kontaktangeboten und von zugehenden individuellen Hilfen, wie z. B. der Pflege und Betreuung sowie der hauswirtschaftlichen Hilfen. Das Caritas-Zentrum ist auch ein Ort der Begegnung, in dem sich Ehrenamtliche engagieren können. Als aktiver Teil kirchlichen Lebens ist es den Kirchengemeinden verbunden.

Caritas-Zentrum Köln-Ehrenfeld, Geisselstr. 1, 50823 Köln

Menschen in der Caritas

Der Leiter des Fachbereichs Integration und Rehabilitation beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, **Rainer Schumacher**, hat den Verband nach 35-jähriger Tätigkeit verlassen und ist in den Ruhestand gegangen. Sein Nachfolger ist **Dr. Thomas Möltgen**. Er leitet jetzt den neuen Fachbereich Integration und Gemeindecaritas und darüber hinaus die Abteilung Gemeindecaritas und Ehrenamt.

Nach über 32 Jahren Vorsitz im IN VIA Katholischer Verband Köln wurde **Anni Jülich**, die den katholischen Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit durch bewegte politische und wirtschaftliche Zeiten führte, in ihrer Funktion verabschiedet. Ihre Nachfolgerin ist **Professorin Dr. Angelika Schmidt-Koddenberg**.

Martina Sturm-May ist die neue Geschäftsführerin beim Sozialdienst katholischer Frauen in Remscheid. Die Diplom-Sozialpädagogin und Betriebswirtin war bislang Leiterin der Familienbildungsstätte in Wuppertal.

*Der Beitrag auf dieser
Seite wurde auf Wunsch
entfernt, um die
Interessen
schutzwürdiger Personen
zu wahren.*

Kinderschutz beginnt mit Vorbeugung

Je früher Eltern unterstützt werden, desto einfacher und wirkungsvoller lässt sich Vernachlässigung mit allen möglichen Spätfolgen vermeiden: „Kinderschutz beginnt mit Vorbeugung“, ist eine Erkenntnis aus praktischer Erfahrung und wissenschaftlichen Studien für Dr. Ute Ziegenhain von der Uniklinik Ulm.

Der Fachbegriff dafür ist „Frühe Hilfen“. Damit beschäftigten sich 90 Fachleute aus der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Gesundheitshilfe aus Caritas-Einrichtungen in der Diözese Münster. Eine mittelfristig gesicherte Finanzierung durch die Kommunen forderte Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Zudem müssten die gesetzlichen Grundlagen für diese interdisziplinäre Hilfe geschaffen werden. ◀



Die aus einer Bodenhülse für Sonnenschirme konstruierte Schallkanone, mit der sich ein Tee-licht auspusten lässt, faszinierte die Caritas-Geschäftsführer aus Coesfeld und Lünen. Umso sicherer ist sich Margret Banken-Konrad, dass ihre Kinder in den drei Offenen Ganztagsgrundschulen in Lünen dieses physikalische Experiment spannend finden werden. Die Leiterin der OGATA nahm vier Plastikboxen randvoll mit Experimentiermaterialien entgegen. Möglich wurde dies durch eine Förderung von 2 000 Euro durch die Aktion Lichtblicke im Rahmen des Projekts „Chancen nutzen: Persönlichkeit fördern“ der Caritas Gemeinschafts-Stiftung für das Bistum Münster. Stiftungs-Geschäftsführerin Sabine Kott freute sich, dass gleichzeitig die behinderten Beschäftigten in den Caritas-Werkstätten Nordkirchen und Lünen profitieren. Hier sind die speziellen Geräte entwickelt worden und werden für den ganzen deutschsprachigen Raum gebaut und zusammengestellt.

Foto: Harald Westbeld

Menschen in der Caritas

Für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre besonderen ehrenamtlichen Verdienste in 20 Jahren als Flüchtlingsberaterin der Caritas ist **Marlies Imping** mit der Stadtplakette in Silber der Stadt Gronau ausgezeichnet worden. Obwohl seit 2008 offiziell im Ruhestand, arbeitet sie noch in geringerem Umfang weiter. Caritas-Geschäftsführer **Bernhard Herdering** hofft, dass Impings Vorbild motiviert, sich mit der Herkunft und dem Schicksal der hier lebenden Migranten zu befassen und ihnen eine helfende Hand zu reichen.

Wilhelm Büker kann man mit den modernen Begriffen „gut vernetzt“ und „breit aufgestellt“ kennzeichnen. Seit 20 Jahren setzt sich der 72-jährige Ahlener nicht nur für seine eigene behinderte Tochter ein, sondern auf Diözesan-, Landes- und Bundesebene in den Angehörigenvertretungen für die Interessen aller behinderten Menschen. Für dieses Engagement zeichnete ihn Diözesan-Caritasdirektor **Heinz-Josef Kessmann** beim Jahrestreffen der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Behindertenvertretung (DACB) in Münster mit der Goldenen Ehrennadel des Caritasverbandes aus. Büker ist derzeit zweiter Sprecher der DACB auf Diözesanebene.

Überwiegend beständig mit zwei neuen Köpfen – so lässt sich das Ergebnis der Wahlen zum Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Erzieherische Hilfen (AGE) in der Diözese Münster zusammenfassen. Bestätigt worden sind im Amt der bisherige Vorsitzende **Norbert**

Pastors (Leiter des Anna-Stifts in Goch), **Hildegard Frieling-Heipel** (Geschäftsführerin Caritasverband Bocholt), **Andreas Groß** (Leiter der Erziehungsberatungsstelle des Caritasverbandes Wesel-Dinslaken) und **Angelika Rensinghoff** (Fachbereichsleiterin der ambulanten Dienste des Caritasverbandes Rheine). Neu arbeiten in den kommenden drei Jahren mit **Maria Kube** (Geschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen in Münster) und **Martin Wurzel** (Heimleiter der Jugendhilfe St. Josef in Duisburg-Rheinhausen).

Einer der altgedientesten Mitarbeiter des Diözesan-Caritasverbandes Münster ist in den Ruhestand gewechselt. 37 Jahre hat **Bernd Bußmann** die Altenheime in der Diözese beraten und vertreten. Auf ihn folgte Mitte März **Anne Marx**.

Goldene Ehrennadeln haben erhalten: **Bernd Bußmann** (Diözesan-Caritasverband Münster), **Magdalena Kortenjan** (Caritasverband Ahaus-Vreden), **Maria Feiertag** und **Anneliese Pohl** (Seniorenzentrum Marienstift, Oer-Erkenschwick), **Stefica Gerasimovski**, **Marianne Hülsken** und **Renate Seidel** (St.-Agnes-Hospital, Bocholt), **Elisabeth Bolmerg**, **Barbara Kaiter**, **Marita Scheele** und **Alfons Westhues** (St.-Barbara-Kliniken, Hamm-Heessen), **Annliese Ruedl** (Elisabeth-Gemeinschaft, Kleve), **Hermann Hüttl** (Caritasverband Tecklenburger Land, Ibbenbüren), **Karl-Heinz Nawarotzky** (Caritasverband Moers-Xanten), **Margret van Almsick** (St.-Antonius-Hospital, Gronau).



Inmitten von Menschen fühlte sich Weihbischof Dr. Josef Voß am wohlsten – wie hier bei einer Domführung für Menschen mit Behinderung anlässlich des Bistumsjubiläums 2005.

Foto: Harald Westbeld

Unermüdlicher Streiter für die Menschen

Er war müde, als ich ihm zum ersten Mal begegnete. Im Schulamt des Generalvikariats sollte ein Heft zur Geschichte der Caritas in der Diözese Münster geplant werden. Ich kannte ihn noch nicht und war irritiert. Aber nach weiteren Begegnungen habe ich bald verstanden: Das Thema war für ihn wohl nicht nah genug an den Menschen.

Weihbischof Dr. Josef Voß war ein unermüdlicher Streiter für Menschen in Not. Wenn es um sie ging, war er hellwach, sagte klar und deutlich seine Meinung, ließ nicht locker. Auch als er in seinen letzten Lebensjahren schwer erkrankte, konnte ihn das immer nur vorübergehend aufhalten, stritt er bis in seine letzten Lebensstage für sie.

Sein Wahlspruch als Bischof war „Deus Caritas est“ – Gott ist die Liebe. Er vermittelte sie in jeder Begegnung persönlich und ließ sie seinem Gegenüber erfahrbar werden. So habe ich ihn immer wieder erlebt. Inmitten von behinderten Menschen im Dom zu Münster beispielsweise im Rahmen des Bistumsjubiläums 2005. Vom ersten Augenblick an ist spürbar, dass dies sein Leben ist. Mit Begeisterung und einfachen Worten zieht

er die Gruppe in seinen Bann, mit leuchtenden Augen hängen sie an seinen Lippen.

Caritas war nicht nur sein Wahlspruch, er hat sie als Vorsitzender zwischen 1974 und 1988 mit aufgebaut und stark geprägt. Es war die Zeit, in der für soziale Hilfen noch Geld zu bekommen war, und er hat sie genutzt. Aus der Funktion schied er mit der Weihe zum Bischof aus, mit dem Herzen blieb er bei der Caritas. Mit dem neuen Amt konnte er als Vorsitzender der Migrationskommission in der Deutschen Bischofskonferenz auf höherer Ebene für sie streiten. Als Vorsitzender des Katholischen Krankenhaus-Verbandes Deutschlands (KKVD) behielt er die Belange der kranken Menschen im Blick.

Aber nie war er weit weg von den Menschen. Weihnachten feierte er mit Wohnungslosen in Münster, die Verhältnisse in den Heimatländern von Flüchtlingen kannte er aus eigenem Erleben von vielen Besuchen vor Ort.

Wie unermüdlich er war, wenn es um seine Caritas ging, zeigte sich auch bei der Tour de Caritas im Jahr des Bistumsjubiläums. Ein heißer, schwüler Sommertag, Josef Voß fährt die erste Etappe vom Dom in Münster Richtung Coesfeld mit. Die erste längere Steigung in die Baumberge stoppt den damals 67-Jährigen nicht. Erst der nächste Termin lässt ihn abbrechen. Mit großem Bedauern, er wäre gerne die ganzen zwei Wochen mitgefahren, um hautnah Caritas vor Ort zu erleben. Im Dezember ist Weihbischof Josef Voß in Münster gestorben. R. I. P. ◀

Harald Westbeld



Lauter Musik dröhnt aus den Boxen auf dem Dachboden des Jugendheims am Marienplatz in Dinslaken-Lohberg, sechs Jugendliche wärmen sich auf. Im Rahmen des Projekts „Abenteuerland“ des Diözesan-Caritasverbandes Münster bietet die Caritas Dinslaken-Wesel jede Woche eine Tanzstunde an. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sollen dadurch die Möglichkeit bekommen, selbst aktiv zu werden und an ihrer Umwelt teilzuhaben. Die oftmals benachteiligten Jugendlichen haben „durch das Tanzen die Chance, sich ohne Sprachbarrieren auszudrücken“, sagt Jennifer Stern, Projektkoordinatorin der Caritas Dinslaken. „Abenteuerland“ läuft noch bis Ende 2011 an sechs Standorten in der Diözese.

Foto: Hannah Vollenbröker

Immer mehr Jugendliche „nicht beschulbar“

Noch sind es zwei bis drei Prozent der Jugendlichen, die als „nicht beschulbar“ gelten und nicht mehr beschult werden. Aber die Zahl steigt.

Auch zehn und mehr Prozent hält der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Erzieherische Hilfen der Caritas in der Diözese Münster (AGE), Norbert Pastoors, für nicht unrealistisch. Zwar sei mit der Kooperation von Jugendhilfe und Schule in der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) ein erster Schritt getan. Aber Jugendhilfe müsse für Kinder und Jugendliche da sein, wenn sie aus dem Rahmen fielen, so der Leiter des Anna-Stifts in Goch auf der AGE-Jahrestagung in Münster. Beim Angebot der OGS und beim Ausbau der Ganztagschulen sah auch Dr. Johannes Bernhauser vom Caritasverband für das Erzbistum Köln noch Verbes-

serungs- und Nachholbedarf. Sich zeitaufwendiger um benachteiligte Kinder zu kümmern gehe eigentlich nur, wenn Kommunen freiwillig zusätzliches Geld bereitstellten. Aber das könnten sich nur die vermögenden Städte leisten. 85 Prozent der Schulen böten nach sechs Jahren Aufbau eine Betreuung am Nachmittag an. Allerdings nähmen erst 27 Prozent der Kinder das Angebot an.

Für die Jugendhilfe der Caritas sieht Bernhauser die Aufgabe, deutlich zu machen, dass Bildung nicht nur in der Schule stattfindet, sondern auch an anderen Orten „und insbesondere in der Jugendhilfe“. Da müsse die Caritas mitsteuern und erkennbar bleiben. In der Jugendhilfe gelte: „Wir geben kein Kind verloren, wir gehen jedem Kind nach“, sagte Bernhauser. ◀

Caritas-Telegramm

Waltrop/Oer-Erkenschwick. Bildungschancen für alle. Diesen Leitspruch hat sich auch die Sozialpädagogische Gruppenarbeit des Caritasverbandes Waltrop zu Herzen genommen. Seit vielen Jahren läuft dort ein erfolgreiches Projekt, das Migrantenkinder nicht nur bei Hausaufgaben und dem Erwerb sprachlicher Kompetenz unterstützt, sondern auch gemeinsame Freizeitaktivitäten anbietet.

Ahaus. Das Jungenprojekt des Caritasverbandes Ahaus wurde von der Fachstelle Gender NRW zum Projekt des Monats Februar 2010 gewählt. Es dient als Hilfestellung bei der emotionalen, sozialen und sexuellen Entwicklung der Jungen und zielt auf den Erwerb sozialer Kompetenz und gesunder männlicher Identität ab.

Münster. Priesteramtskandidaten aus den Diözesen Münster und Essen haben im Rahmen einer Ausbildungswoche die verbandliche Caritas im Bistum Münster kennengelernt. Sie besuchten unter anderem den Heilpädagogischen Hort und das Jugendausbildungszentrum. Es sei für sie als Seelsorger wichtig, zu wissen, dass und wo es Hilfen der Caritas gebe.

Rheine. Kinder und Jugendliche des Jugendprojekts RADUGA der Caritas Rheine haben zusammen mit dem prominenten Streetworker Thomas Sonnenburg aus der RTL-Sendung „Die Ausreißer“ an einem Fußballturnier im Osnabrücker Land teilgenommen, obwohl sie keinem klassischen Verein angehören. Hintergrund dieser Aktion

war ein Aufruf des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) und der UNO-Flüchtlingshilfe, um auch Kindern, die weniger privilegiert sind, die Teilnahme zu ermöglichen.

Rheine. Zusammen mit der Uni Osnabrück und dem Diözesan-Caritasverband in Köln fördert der Caritasverband Rheine seit 2007 Grundschulkinder außerschulisch. Junge ehrenamtliche Mentoren begleiten im Programm „Balu und Du“ sechs- bis zehnjährige Kinder durch gemeinsame Nachmittagsaktivitäten. Ziel sind die Vermittlung von Alltagskompetenzen, die Stärkung des Selbstbewusstseins und das Wecken von Interessen und Begabungen.

Münster. Das Clemenshospital ist vom Great Place to Work Institute in Berlin unter die drei besten „Arbeitgeber im Gesundheitswesen“ in Deutschland gewählt worden. Für die Studie hat das Institut sowohl mit 500 Mitarbeitern als auch mit den jeweiligen Personalverantwortlichen gesprochen. Entscheidend waren das Vertrauen der Mitarbeiter in die Vorgesetzten, Stolz auf die eigene Arbeit und Freude an der Zusammenarbeit mit den Kollegen.

Borken. In einem bundesweit einmaligen Pilotprojekt bieten Caritas und Feuerwehr Borken in Brandfällen schnellere Hilfe gerade für ältere und gehbehinderte Menschen an. Dafür wird das Caritas-Personen-Rufsystem an einen Rauchmelder gekoppelt, der bei einem Feuer die Pflege-Notrufzentrale der Caritas in Münster alarmiert und zeitgleich die genauen Adressdaten der betroffenen Personen übermittelt. Dadurch gewinnen die Rettungskräfte wertvolle Zeit.



Margret Wulf aus Paderborn-Elsen (rechts) ist froh über die Unterstützung durch Alicja Roszczyniala (22). Die junge Polin gehört zu den ersten Frauen, die im Rahmen eines deutsch-polnischen Caritas-Projekts als Haushaltshilfe im Erzbistum Paderborn im Einsatz sind. Caritasdirektor Marek Borzyskowski aus Graudenz überzeugte sich jetzt von der „Praxistauglichkeit“ des Projekts.

Foto: Sauer

Die am Projekt beteiligten Caritasverbände haben jeweils einen Caritas-Partner in Polen. So kooperiert der örtliche Caritas-Verband Paderborn mit der Caritas in der polnischen Stadt Graudenz (Grudziadz). Die dortige Caritas bereitet interessierte Frauen mit Beratung und einem Sprachkurs auf einen möglichen Einsatz in deutschen Pflegefamilien vor. Bei Bedarf kann vorab ein Kennenlern-Treffen bei der zu betreuenden Person in Deutschland stattfinden, um festzustellen, ob man überhaupt zueinanderpasst.

Wenn dies der Fall ist, beginnt der bürokratische Teil. Die deutsche Familie muss bei der Auslandsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit die polnische Haushaltshilfe anfordern. Die deutsche Familie schließt dann einen Arbeitsvertrag mit der Frau, wird also Arbeitgeber. „Der Papierkrieg ist nicht zu unterschätzen“, gibt Hans-Werner Hüwel, Fachbereichsleiter beim Caritas-Verband Paderborn, zu bedenken. Noch immer bestünden bürokratische Hürden. Doch: „Wir unterstützen nach Kräften die Familien bei allen Formalitäten.“ Der Aufwand lohnt sich, schützt er doch die Frauen vor Illegalität und Ausbeutung, garantiert tarifliche Bezahlung und Urlaubsanspruch.

Die Caritas sorgt in Deutschland dafür, dass eine Pflegekraft der Sozialstation mindestens einmal in der Woche weiterhin in die Einsatzfamilie kommt, um sicherzustellen, dass z. B. keine unbeabsichtigten Pflegefehler entstehen. Hierfür haben die am Projekt beteiligten Caritasverbände verbindliche Standards entwickelt. Der polnischen Caritas ist es wichtig, dass die Frauen Kontakt zu ihren Herkunftsfamilien halten (z. B. über Internet-Telefon) und auch religiöse Angebote wahrnehmen können. In Polen selbst hat die Caritas einen Blick auf die Herkunftsfamilien – man will so vermeiden, dass Kinder während der Abwesenheit der Mutter vernachlässigt werden. ◀

J. Sauer

Mehr Infos im Internet: www.caritas24.net

Erste Haushaltshilfen im Einsatz

Deutsch-polnisches Projekt bietet neuen Service für Patienten der Caritas-Sozialstationen

Begleitet von großem Medieninteresse, ist im Erzbistum Paderborn ein deutsch-polnisches Projekt zum Einsatz von Haushaltshilfen angelaufen. Der neue Service richtet sich an Patienten von Caritas-Sozialstationen, die rund um die Uhr Betreuung benötigen. Die Caritas ist dabei nicht Vermittlungsagentur, sorgt aber in einem ersten Schritt dafür, dass Kontakte hergestellt werden.

Olpe wieder Spitze

Gütesiegel „Bester Arbeitgeber Deutschlands im Gesundheitswesen“

Der Caritasverband Olpe hat beim Wettbewerb „Bester Arbeitgeber im Gesundheitswesen 2010“ erneut den 1. Platz erreicht.

Verliehen wurde die Auszeichnung vom Great Place to Work Institute Deutschland in Kooperation mit der Initiative Neue Qualität der Arbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Das Gütesiegel „Bester Arbeitgeber“ steht für eine glaubwürdige, respektvolle und faire Zusammenarbeit der Führungskräfte mit den Beschäftigten, für eine hohe Identifikation der Mitarbeiter mit ihrer Tätigkeit und für einen starken Teamgeist.

Insgesamt bewerteten bundesweit 53 500 Beschäftigte ihre Arbeitgeber. Im Caritasverband Olpe wurden 250 Mitarbeiter befragt. Die Ergebnisse waren im Durchschnitt sogar noch um einige Prozentpunkte besser als im Vorjahr. So glauben über 90 Prozent der Mitarbeiter,



durch ihren Caritas-Dienst einen bedeutsamen Beitrag leisten zu können, für 96 Prozent ist die Arbeit mehr als nur „Job“. „Wir sind alle sehr stolz auf diese Anerkennung und sehen unser Engagement in der Personalarbeit wieder neu bestätigt“, so Caritas-Geschäftsführer Christoph Becker. Der Caritasverband Olpe ist Träger von Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Alten- und Krankenhilfe und zahlreicher Beratungs- und Bildungseinrichtungen. Der Verband ist mit rund 1 500 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber im Kreis Olpe. ◀

Auszeichnung als bester Arbeitgeber im Gesundheitswesen. Geschäftsleitung, Führungskräfte und Mitarbeitervertretung nahmen den Preis in Berlin entgegen (v. l.): Andreas Mönig (Leiter Werthmann-Werkstätten), Marco Cremer (Leiter Personalabteilung), Christoph Becker (Geschäftsführer), Natalie Bank (Assistentin der Geschäftsführung), Werner Henzgen (Prokurist), Christoph Rinke (Vorsitzender Mitarbeitervertretung der Caritas-Tochtergesellschaft AKC) und Paul Ernst (Vorsitzender Mitarbeitervertretung Caritasverband).

„MenschMigrant“

Caritas Unna setzt sich für psychisch erkrankte Migranten ein

Migranten nehmen psychosoziale und psychiatrische Hilfsangebote nur selten in Anspruch. Grund genug für den Caritasverband für den Kreis Unna und die Aktion Mensch, dieses Phänomen genauer zu untersuchen und nach Lösungen zu suchen. Konkret sollen Betroffene einen besseren Zugang zu den gemeindepsychiatrischen Strukturen im Kreis Unna erhalten.

Im Rahmen des Projekts werden betroffene Migranten, deren Angehörige sowie sozialpsychiatrische und psychosoziale Institutionen in Unna und Fröndenberg befragt, um ein genaues Bild von der aktuellen Situation zu zeichnen. Geklärt werden soll dabei vor allem, was die Kontaktaufnahme der Menschen zu den jeweiligen Fachkräften erschwert. Denn die Akteure des Hilfsystems, die sich dieser Probleme annehmen

möchten, stehen oft vor sprachlichen und kulturellen Hürden, die nur bei optimaler Nutzung aller vorhandenen Ressourcen überwunden werden können. Wo diese Probleme liegen und wie man Institutionen im Umgang mit Migranten unterstützen kann, soll das Forschungsprojekt nun klären und auf dieser Basis Handlungsempfehlungen für eine dauerhafte Verbesserung darlegen. Migranten leiden hierzulande häufiger als Einheimische an psychischen Erkrankungen. Viele Leiden wurden durch Verfolgung im Heimatland ausgelöst, andere durch eine Identitätskrise in Deutschland. Es fällt ihnen oftmals schwer, Hilfe in ausreichender Form zu erhalten. „Ich arbeite täglich mit psychisch erkrankten Menschen zusammen, und mir fällt zunehmend auf, dass nur wenig Migranten unsere Angebote wahrnehmen“, sagt Isolde Kleiner, Mitarbeiterin des Sozialpsychiatrischen Zentrums des Caritasverbandes, auf deren Anregung das Forschungsprojekt „MenschMigrant“ initiiert wurde. ◀

Caritas wirbt um Unterstützung der Bürger

Der Caritasverband Minden geht neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit und im Fundraising. Mit Großflächenplakaten informiert der Verband jetzt die über 80 000 Bürger der Weserstadt über drängende soziale Probleme vor Ort und warb gleichzeitig um Unterstützung seiner Dienste.

Schirmherrin des Projekts ist Beate Barre von der Privatbrauerei Barre. „In unserer Stadt verdienen alle Menschen eine faire Chance auf ein würdiges Leben in der Gemeinschaft!“, begründet Beate Barre ihr Engagement für die Caritas. Eine Bielefelder Kommunikationsagentur steuerte im Rahmen einer Potenzialberatung weitere Ideen für die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Caritas bei. Schwerpunkte der Verbandsarbeit sind die Beratung und Hilfe für Familien, die häusliche Kranken- und Al-

tenpflege, die Unterstützung von Migranten und für Bedürftige sowie die Förderung der ehrenamtlichen Dienste. „Es war nie einfach, alle Fachdienste im Caritasverband Minden aufrechtzuerhalten, doch vor dem Hintergrund der aktuellen Situation und vor allem der Prognosen wird Hilfe aus der Bevölkerung dringend nötig“, begründet Geschäftsführerin Susanne Leimbach diese Aktion. ◀



Frauen mit Behinderungen fit für den Job

Ein Jahr lang haben sich 13 Frauen mit Behinderungen für eine berufliche Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt fit gemacht. Das Projekt des IN-VIA-Bezirksverbandes Paderborn kann einen beachtlichen Erfolg verbuchen: Acht Teilnehmerinnen haben eine festen Job in Aussicht. Freuen dürfen sich auch die Schüler der Liboriussschule in Paderborn. Gleichsam als „Nebenprodukt“ haben die Frauen während ihres Einsatzes in der IN-VIA-Textilwerkstatt Schürzen für die Schulküche genäht. Das benötigte Material hat die Köchevereinigung Paderborner Land gespendet, die sich seit fünf Jahren für die Liboriussschule engagiert.

Foto: Sauer

Menschen in der Caritas



Die langjährige Geschäftsführerin des Caritasverbandes Brilon, **Helena Langer**, ist Ende 2009 im Alter von 102 Jahren gestorben. Die gebürtige Oberschlesierin war von 1946 bis 1977 in dieser Aufgabe tätig. Mit Gründung des Verbandes nach dem Zweiten Weltkrieg begleitete Helena Langer dessen Entwicklung von der Suppenküche für Flüchtlinge über die erste Mütter-Kur und den Einsatz der ersten Familienpflegerinnen bis

zum Aufbau der Behindertenhilfe Ende der 60er-Jahre. Mit ihrem persönlichen Einsatz, ihrem humorvollen Wesen und ihrer Begeisterung für die Menschen gab sie dem Caritasverband Brilon über 30 Jahre Antrieb. Als sie am 30. September 1977 mit mittlerweile 70 Jahren in Ruhestand ging, zählte der Verband rund 40 Mitarbeiter. Helena Langer verbrachte die letzten fünf Jahre ihres Lebens in einem Seniorenheim in Rheda-Wiedenbrück. Beigesetzt wurde sie auf dem Johannes-Friedhof in Gütersloh. R. I. P.



Wir bilden aus

Pflege-Ausbildungsbetriebe erhalten besonderes Logo

Unter dem Titel „AusBildung wird Zukunft“ hat der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn eine Kampagne zur Werbung von Pflegeberufen gestartet.

Ziel ist es, die Ausbildung von Pflegeberufen in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu bringen und auf die Ausbildungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. In einem ersten Schritt hat die Caritas jetzt damit begonnen, die praktischen Ausbildungsbetriebe mit einem besonderen Kampagnen-Logo auszuzeichnen. Es wird als sichtbares Zeichen im Eingangsbereich der beteiligten Einrichtungen der Caritas platziert. „Besuchern wird signalisiert, dass sich dieser Betrieb in der Ausbildung besonders engagiert“, erklärt Bernhold Möllenhoff vom

Diözesan-Caritasverband. Das Logo solle gleichzeitig die besondere Verantwortung zum Ausdruck bringen, die die Einrichtungen der Caritas in puncto Ausbildung innerhalb des Gesundheitssystems tragen. „Gerade im Hinblick auf den in Zukunft drohenden Fachkräftemangel widmet sich die Caritas intensiv dem Bereich der Ausbildung.“

Die Caritas zählt zu den größten Ausbildungsanbietern für Gesundheitsfachberufe in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig werden hohe Ansprüche an die Qualität der Ausbildung gestellt. „Die Einrichtungen investieren freiwillig in eine qualitativ hochwertige Ausbildung“, erklärt Bernhold Möllenhoff. Auch dieses Engagement gelte es im Rahmen der Kampagne zu würdigen. „Angesichts des drohenden Fachkräftemangels beweist die Caritas gesamtgesellschaftliche Verantwortung.“ ◀

Start der Pflegeberufe-Kampagne am Caritas-Altenzentrum St. Veronika in Paderborn (v. r.): Hans-Werner Hüwel, Fachbereichsleiter beim Caritas-Verband Paderborn, die Altenpflege-Auszubildenden Cinzia Tomasiello und Sabine Kandziora, Carla Schulz (Caritas-Verband Paderborn) und Bernhold Möllenhoff (Diözesan-Caritasverband)

Foto: Sauer

Caritas-Telegramm

Siegen. Nach 149 Jahren hat die Ordensgemeinschaft der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vincenz von Paul das St.-Marien-Krankenhaus verlassen. Die letzten vier Schwestern waren zwischen 74 und 84 Jahre alt. Schwester Albita und Reinharda waren jeweils 38 Jahre, Schwester Luciosa 27 Jahre und Schwester Berthilde 18 Jahre im Dienst der Krankenpflege und der Pflegeausbildung tätig. Anfang Februar wurden die Ordensfrauen feierlich verabschiedet.

Dortmund. 15 Frauen haben sich in einem neunmonatigen Lehrgang für die Kindertagespflege qualifiziert. Sie erhielten jetzt vom Katholischen Trägerkreis Kindertagespflege ihr Zertifikat als Tagesmutter. Die Kindertagesbetreuung richtet sich in der Regel an Kinder im Alter von bis zu drei Jahren und stellt eine Alternative zu Kindertageseinrichtungen und Kindergärten dar.

Herne. Über 100 Mediziner nahmen am Brustkrebs-Symposium im St.-Anna-Hospital teil. Chefarzt Dr. Yavuz Ergönenc präsentierte dabei die Ergebnisse des Brustkrebskongresses in San Antonio/USA. In dieser Stadt treffen sich jedes Jahr über 8 000 Brustkrebs-Mediziner aus aller Welt, um sich über die neuesten Erkenntnisse in der Früherkennung und der Behandlung auszutauschen.

Soest. Über einen eigenen Palliativbereich verfügt jetzt das Marienkrankenhaus. In einem separaten Flurtrakt, der nach einem Brand

renoviert wurde, sind vier moderne Patientenzimmer mit insgesamt sieben Betten entstanden. Hinzu kommen ein wohnlicher Aufenthaltsraum sowie ein Pflege- und Besprechungsraum. Unheilbar Kranke sollen im Palliativbereich nach ihrem Krankenhausaufenthalt intensiv schmerzmedizinisch versorgt werden.

Attendorn. Nach Beendigung des Projekts „Ehrenamtliches Engagement in den Werthmann-Werkstätten“ Mitte 2009 konnten bisher 14 neue Ehrenamtliche ihre neue Tätigkeit beginnen. Bei einem Dankeschön-Treffen berichteten sie von ihren Erfahrungen. „Ich freue mich, so eine sinnvolle Aufgabe in meiner Freizeit übernehmen zu können“, so eine Ehrenamtliche. „Eigentlich wollte ich mich woanders engagieren, jetzt bin ich froh, in den Werthmann-Werkstätten tätig zu sein!“

Gütersloh. Das Elisabeth-Hospital hat das „Lungenzentrum Gütersloh“ gegründet. Krebs- sowie chronisch kranke Lungenpatienten bietet das Zentrum von der Diagnose bis zur OP alle Dienstleistungen unter einem Dach. Hierfür wurden u. a. 200 000 Euro in neue Technik investiert.

Soest. Über 300 Personen belieferte das Deutsche Rote Kreuz bis Ende des Jahres täglich mit einer warmen Mahlzeit. Im Zuge der Insolvenz des DRK-Kreisverbandes Soest wechselten zum 1. Januar 16 Mitarbeiter aus dem Bereich Essen auf Rädern zur Caritas im Kreis Soest. Damit ist für alle Kunden die bewährte Belieferung sichergestellt.



Dallinger, Ursula: *Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats.* 269 S., VS-Verlag, Wiesbaden 2009, 34,90 Euro

Solidarität – theoretisch

Solidarität entstand als „Kampfbegriff“ der sich neu etablierenden Soziologie gegenüber den damaligen Handlungs- und Ordnungsmodellen der Ökonomie. Insbesondere am Problem, wie Akteure mit divergierenden und möglicherweise antagonistischen Zielen kooperieren, entwickelte die Soziologie eigene Konzepte zu Handlungsbegrenzungen oder Institutionen. Das Buch rekonstruiert soziologische und ökonomische Begründungen von Institutionen und zeigt die Leistungen wie auch die Engführungen der Durkheim-Parsons-Tradition einerseits, der neueren ökonomischen Sozialtheorie andererseits. Es zeigt, dass beide Traditionen von der Unvollständigkeit der Theorie rationalen Handelns ausgehen und mit ganz unterschiedlich konzipierten „Institutionen“ diese Lücke füllen.



Beide Ordnungsdiskurse prägen auch die Sicht des Sozialstaats, der Solidarität in der modernen Gesellschaft verkörpert, weil es um die Begrenzung eigennutzorientierten Verhaltens und um Kooperation zugunsten kollektiver Ziele geht. Das Buch kommentiert die politische Soziologie, die moralische Ressourcen als Basis des Sozialstaats sieht, und erweitert sie mit Ergebnissen der ökonomischen Institutionentheorie. Anhand der idealtypischen Unterscheidung zwischen Sozialversicherungs- und Umverteilungsfunktion des Sozialstaats wird dessen Wertbedarf genauer lokalisiert und Einkommensumverteilung als die solidarische Dimension diskutiert, da hier „die Belange der anderen“ berücksichtigt werden.

Klappentext

Caritasverband für das Kreisdekanat Euskirchen (Hrsg.): *Großmutter's Kochbuch 2.* 114 S., Eigenverlag 2009, www.caritas-eu.de, 9,90 Euro

Ausgefallene Rezepte

Nach dem großen Erfolg von „Großmutter's Kochbuch“, das die Caritas Euskirchen vor zwei Jahren gemeinsam mit der ZWAR-Gruppe, Bad Münstereifel, (ZWAR = Menschen zwischen Arbeit und Ruhestand) herausbrachte, veröffentlichte der Verband jetzt „Großmutter's Kochbuch 2“. Hervorgegangen ist die Sammlung alter und einiger neuer Rezepte aus einer Redaktionsgruppe ehrenamtlicher Seniorinnen



und Senioren. Schöne, ausgefallene Rezepte laden nicht nur zum Schmökern, Nachkochen und Schlemmen ein, sondern vermitteln auch ein wichtiges Kulturgut: das Wissen um kulinarische Genüsse der Region gestern und heute. Der Erlös aus dem Verkauf des Buchs kommt erneut Caritas-Demenzprojekten wie der Begegnungsstätte „Café Insel“ zugute. Jedes verkaufte Kochbuch hilft, diese Einrichtungen dauerhaft zu erhalten. D.G.

Selke, Stefan (Hrsg.): *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention.* 300 S., VS-Verlag, Wiesbaden 2009, 24,90 Euro

Tafeln in Deutschland

Angesichts der steigenden Anzahl der Tafeln in Deutschland und der in der Öffentlichkeit verbreiteten Annahme, dass diese einfach gut und nicht mehr wegzudenken sind, ist das Buch von Stefan Selke eine angenehme und wohlthuende Abwechslung. Er und die weiteren Autoren nehmen sich der vielfältigen Aspekte, die in der Tafeltätigkeit stecken, informativ beschreibend, aber auch positionierend an. Vielfach herrscht heute eine Art „Blockflötenstimmung“: Tafeln sind gut, weil sie bürgerschaftliches Engagement fördern, barmherzig sind, Not lindern und weil überflüssige Lebensmittel noch Verbraucher finden ... Kritische Fragen zu den Tafeln werden kaum zugelas-



sen. Selkes Buch differenziert. Er bietet dem Leser nicht nur ein umfassendes Bild über die „soziale Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention“, sondern gibt auch Anregungen für Diskussionen, die die derzeitige Polarisierung (Tafeln sind gut oder Tafeln sind schlecht) aufbrechen können. Aufgrund der Aufbereitung der Aspekte in abgeschlossenen Kapiteln ist es gut lesbar und für die Fachöffentlichkeit und Interessierte nutzbar.

Ich habe das Buch gerne gelesen und fand es trotz der trocken anmutenden Materie nicht nur interessant, sondern spannend und hoffe, dass es vielen Menschen Anregungen geben wird, den Umgang mit Armen zu reflektieren.

Michaela Hofmann

